

# Grosser Gemeinderat Winterthur

**Protokoll der 16. Sitzung**  
des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2015/2016  
vom 14. Dezember 2015

von 16.15 Uhr bis 18.30 Uhr

Vorsitz: M. Wenger (FDP)

Protokoll: K. Lang

Entschuldigt: K. Bopp (SP), R. Keller (SVP), W. Langhard (SVP),  
S. Gyax-Matter (GLP), U. Obrist (SVP)

## Traktanden

Trakt. Nr.	Gesch. Nr.	Geschäftstitel	Referent/in
1.		Protokoll der 6./7. Sitzung des Amtsjahres 2015/2016	
2.	15/088	Wahl eines Mitgliedes in die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur anstelle des zurücktretenden D. Berger (AL) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	<b>S. Stierli</b>
3.	15/089	Wahl eines Mitgliedes in die Bürgerrechtskommission anstelle der zurückgetretenen G. Stritt (SP) für den Rest der Amtsdauer 2014/2018	<b>S. Stierli</b>
4.	15/068 (DTB)	Finanzielle Vergütung Stadtwerk Winterthur 2016	<b>B. Meier</b>
5.	15/069 (DTB)	«Balance»-Massnahme: Anpassung Verordnung über die Abgabe von Elektrizität (2. Nachtrag) bezüglich öffentliche Beleuchtung und Abgaben an das Gemeinwesen; Festlegung der Abgaben an das Gemeinwesen basierend auf der Netznutzung ab 1. Januar 2016	<b>B. Meier</b>
6.	15/082 (DSO)	Jährlich wiederkehrende Beiträge an Angebote der Offenen Jugendarbeit (OJA) W'thur ab dem Jahr 2016 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)	<b>K. Brand</b>
7.	15/067 (DFI)	Budget 2016 und Festsetzung des Steuerfusses, Nachtrag zum Budget 2016 «Novemberbrief»	<b>A. Steiner</b>

- |      |                 |  |                    |
|------|-----------------|--|--------------------|
| 8.*  | 14/094<br>(DKD) | Volksinitiative "Schaffe und Wohne z'Winterthur" / Ablehnung der Initiative und indirekter Gegenvorschlag  | <b>Th. Deutsch</b> |
| 9.   | 15/081<br>(DB)  | «Balance»-Massnahme: Teilrevision (III. Nachtrag) Verordnung über die Abfallentsorgung vom 23. Oktober 1995 (vorbehältlich der Beschlussfassung in der Sachkommission)                     | <b>F. Helg</b>     |
| 10.* | 15/063<br>(DKD) | Begründung der Motion K. Cometta-Müller (GLP/PP), M. Sörgo (SP), D. Hofstetter (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP) und Y. Gruber (BDP) betr. Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit |                    |
| 11.* | 13/114<br>(DKD) | Beantwortung der Interpellation Ch. Leupi (SVP) betr. Leiter Theater W'thur  |                    |
| 12.  | 12/117<br>(DKD) | Antrag und Bericht zur Motion M. Zehnder (GLP/PP), F. Helg (FDP) und Ch. Leupi (SVP) betr. Überführung des Theaters W'thur in eine gemeinnützige Trägerschaft                              |                    |
| 13.  | 14/017<br>(DKD) | Beantwortung der Interpellation U. Meier (SP) betr. Vergabep Praxis für Aufträge an Dritte bei W'thurer Museen   |                    |
| 14.  | 14/108<br>(DKD) | Begründung des Postulats U. Meier (SP), D. Berger (Grüne/AL) und Y. Gruber (EVP/BDP) betr. Gleichbehandlung bei den Kultursubventionen   |                    |
| 15.  | 13/037<br>(DKD) | Antrag und Bericht zum Postulat R. Keller (SVP) betr. Lohnabrechnungen, Stadtinfo und sonstige Publikationen per E-Mail  |                    |
| 16.  | 14/075<br>(DKD) | Beantwortung der Interpellation R. Comfort (GLP), A. Hofer (Grüne), M. Wenger (FDP) und B. Konyo (SP) betr. Home-Office in der Stadtverwaltung   |                    |
| 17.  | 15/009<br>(DKD) | Begründung des Postulats R. Diener (Grüne/AL) betr. Baurechtsverträge und Nutzung auf dem Zeughausareal Nord   |                    |
| 18.  | 14/036<br>(DSS) | Beantwortung der Interpellation Ch. Ingold (EVP), M. Wäckerlin (GLP/PP) und A. Hofer (Grüne/AL) betr. Fair Trade Town W'thur   |                    |
| 19.  | 15/010<br>(DSS) | Begründung des Postulats S. Gyax-Matter (GLP/PP), K. Cometta-Müller (GLP/PP), D. Hofstetter (Grüne/AL) und S. Madianos-Hämmerle (SP) betr. Betreuung der jüngsten Schulpflichtigen         |                    |
| 20.  | 14/105<br>(DSS) | Beantwortung der Interpellation D. Steiner (SVP) betr. Prüfung von Ressourcen im Departement Schule und Sport (DSS)  |                    |

(\*an dieser Sitzung behandelte Geschäfte)

**Ratspräsident M. Wenger** begrüsst zur 16. Sitzung im Amtsjahr 2015/2016. Er heisst die Medien und die Gäste auf der Tribüne herzlich willkommen.

## Mitteilungen

**Ratspräsident M. Wenger:** Nach der Ratssitzung sind alle herzlich zu einem Weihnachtsapéro eingeladen – um auf ein gutes altes Jahr, ein noch besseres neues Jahr oder auf die Gesundheit anzustossen. Oder ganz einfach, weil man in Gesellschaft ein wenig plaudern will. Der Apéro findet um 18.30 Uhr statt.

Verabschiedung: Heute hat W. Schurter (CVP) seinen letzten Einsatz. Er ist am 15. Mai 2006 in den Gemeinderat eingetreten und hat diverse Ämter inne gehabt. Vom 10. Mai 2010 bis im Dezember 2011 war er Mitglied der Sachkommission Soziales und Sicherheit. Vom 5. Dezember bis heute ist er Mitglied der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur. Vom 21. September 2015 bis 31. Dezember 2015 Mitglied der Spezialkommission zur Verselbständigung von Stadtwerk. Seit dem 16. Juni 2006 ist W. Schurter Delegierter der Regionalplanung Winterthur und Umgebung (RWU). Vom 10. Juli 2006 bis am 30. Juni 2014 war er Mitglied der Kommission zur Förderung des öffentlichen Verkehrs. Für das 10jährige Jubiläum hat W. Schurter nicht genug Geduld gehabt. Ratspräsident M. Wenger dankt für die neuneinhalb Jahre.

**Der Rat** verabschiedet W. Schurter mit grossem Applaus.

**Ratspräsident M. Wenger:** Einen so grossen Applaus gibt es für neuneinhalb Jahre, also durchhalten und mitmachen.

**Ratspräsident M. Wenger:** Es sind keine Fraktionserklärungen oder sonstige Erklärungen eingegangen. Die Traktandenliste ist noch immer dieselbe wie an den vorangegangenen beiden Sitzungsterminen. Das Traktandum 8, Volksinitiative „Schaffe und Wohne z'Winterthur“ wird auf Wunsch einiger Ratsmitglieder ca. um 17.00 Uhr behandelt. Traktandum 9 ist abgesetzt.

## 8. Traktandum

### **GGR-Nr. 2014-094: Volksinitiative "Schaffe und Wohne z'Winterthur" / Ablehnung der Initiative und indirekter Gegenvorschlag**

---

**Th. Deutsch (EVP/BDP):** Es geht um das Geschäft 2014/094, Volksinitiative „Schaffe und Wohne z'Winterthur“ der Grünliberalen Partei, um die Ablehnung dieser Initiative und den indirekten Gegenvorschlag des Stadtrates. Die kommunale Volksinitiative ist am 27. Januar 2014 eingereicht worden und am 19. Februar 2014 hat der Stadtrat ihr Zustandekommen festgestellt. Die Initiative ist als ausformulierter Entwurf eingereicht worden. Sie fordert eine Ergänzung der Gemeindeordnung der Stadt Winterthur. Die beiden Hauptargumente der Grünliberalen Partei für die Initiative sind unter dem Stichwort Schlafstadt aufgeführt. Nämlich, dass das Bevölkerungswachstum und die Zunahme der Arbeitsplätze auseinanderklaffen und dass im Kanton Zürich im Durchschnitt die Zahl der Arbeitsplätze deutlich schneller wächst als in Winterthur. Der Stadtrat hat festgestellt, dass die Initiative alle Punkte für eine Gültigkeitserklärung beinhaltet: Nämlich die Wahrung der Einheit der Materie, sie verstösst nicht gegen übergeordnetes Recht und ist nicht offensichtlich undurchführbar.

Der Stadtrat lehnt die Initiative ab und hat einen indirekten Gegenvorschlag erarbeitet, weil er trotz der Ablehnung die Ziele dieser Volksinitiative teilt, die Zahl der Arbeitsplätze in der Stadt Winterthur massiv zu erhöhen. Gründe für die Ablehnung durch den Stadtrat: Die im Absatz 3 neu formulierten Ziele decken sich mit den Zielen der Stadt Winterthur. Sie sind bereits Bestandteil der 12-Jahres-Strategie des Stadtrates und in den neuen Legislatur-schwerpunkten verankert. Diese Ziele sind zudem Gegenstand der Impulsstrategie Wirtschaft. Die im Absatz 4 geforderte die Überprüfung der Zielkonformität würde einen Grossteil der Beschlüsse des Gemeinderates und des Stadtrates betreffen, weil viele Beschlüsse Auswirkungen auf die Attraktivität des Standortes Winterthur als Wohn- und Wirtschaftsstandort haben. Damit wird zumindest indirekt auch das Verhältnis zwischen Arbeit und Wohnen beeinflusst. Die Überprüfung aller Beschlüsse des Stadtrates ist mit einem erheblichen Ressourcenaufwand verbunden. Zudem stellt sich die Frage, was passieren soll, wenn die Beschlüsse nicht mit den definierten Zielen konform sind und es zu einem Zielkonflikt kommen kann. Müssen diese Beschlüsse in Zukunft nicht umgesetzt werden? Dürfte kein städtisches Land mehr zu Wohnbauzwecken abgegeben werden, weil sich das, als Einzelgeschäft betrachtet, mit ziemlicher Sicherheit negativ auf die Beschäftigungsdichte auswir-

ken würde? Das in der Initiative verlangte Reporting, das im Zweijahresrhythmus erfolgen soll, betrachtet der Stadtrat als vertretbaren Aufwand und kann im Rahmen der Berichterstattung zu den Legislaturzielen, beziehungsweise im Rahmen der Halbzeitberichterstattung zu den Legislaturzielen, erfolgen.

Der Stadtrat stellt die Frage, ob die Gemeindeordnung das richtige Gefäss ist für dieses Anliegen. Grundsätzlich beinhaltet die Gemeindeordnung vor allem Organisationsvorschriften. Materielle Vorschriften sind selten bis unüblich. Zudem stellt sich die Frage, ob der Stadtrat überhaupt aktiv Einfluss auf die Schaffung von Arbeitsplätzen nehmen kann? Der Stadtrat kann geeignete Areale sichern, planerische Entwicklungen, Prozesse und Auflagen für Firmen vereinfachen und verschlanken, kundenfreundlich auftreten, das Marketing zielgerichtet aufstellen etc. Die Stadt ist aber zahlreichen exogenen Faktoren ausgesetzt – Beispiele sind die Steuerbelastung von juristischen Personen, die Migrationspolitik, die Finanz- und Währungspolitik und die Konjunktur. Zudem kann man Firmen, die Brachflächen als strategische Reserven halten, nicht zu einem Verkauf zwingen. Die Zuwanderung kann eine Stadt nur bedingt steuern. Die Prognosen für die Stadt Winterthur gehen von einer weiterhin wachsenden Bevölkerung aus, was zu einer weiteren Zunahme der Nachfrage nach ohnehin knappem Wohnraum führen wird. Bereits heute ist die Wohnungsknappheit bei Bevölkerungsbefragungen ein drängendes Thema und führt zu weiterhin steigenden Wohnungspreisen. Unabhängig von den Zielen und Absichten der Stadt Winterthur sind Baugesuche, sofern sie der bestehenden Bau- und Zonenordnung entsprechen, eigentlich zu bewilligen. Was die Initiative aber ganz weglässt, ist die Frage, was passieren soll, wenn die Ziele nicht erreicht werden. Ein weiteres Problem: Da die Initiative als ausformulierter Entwurf eingereicht worden ist, hat der Stadtrat keinen Spielraum bei der Umsetzung. Daher empfiehlt der Stadtrat die Ablehnung der Initiative. Er hat aber, weil er das Anliegen der Initianten teilt, einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Ziel ist die Stärkung von Winterthur als Wirtschaftsstandort und die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze, weil diese zentral für die Prosperität der Stadt sind. An diesen Zielen arbeitet Winterthur bereits heute intensiv. Der Stadtrat will das Ziel, die Schaffung von zusätzlichen Arbeitsplätzen, in die strategische Planung aufnehmen. Der indirekte Gegenvorschlag beruht auf zwei Massnahmenzielpfeilern. Die eine Massnahme steht im Zusammenhang mit der neuen Strategie des Stadtrates und die dadurch geänderten Legislatorschwerpunkte für die Legislatur 2014 bis 2018. Die andere Massnahme betrifft das Reporting. Der Stadtrat wird dem Grossen Gemeinderat regelmässig Bericht über die eingeleiteten Massnahmen erstatten. Der Text des indirekten Gegenvorschlags ist auf der Leinwand eingeblendet.

**Ratspräsident M. Wenger:** Die FDP hat einen Änderungsantrag gestellt.

**Ch. Griesser (Grüne/AL)** stellt einen Ordnungsantrag. Die Grüne/AL-Fraktion stellt einen Rückweisungsantrag, der zuerst diskutiert werden soll. Die Fraktion beantragt die Rückweisung des Geschäfts an den Stadtrat. Sie möchte dem Stadtrat den Auftrag erteilen, einen direkten Gegenvorschlag dem Grossen Gemeinderat zu unterbreiten. In diesem Gegenvorschlag soll eine Verhältniszahl zur Beschäftigtendichte enthalten sein, diese Verhältniszahl soll aber weniger ehrgeizig sein als in der Volksinitiative. Der Gegenvorschlag des Stadtrates ist kein eigentlicher Gegenvorschlag – er beinhaltet im Wesentlichen die Punkte, die bereits in den Legislatorschwerpunkten festgehalten sind. Der Gegenvorschlag des Stadtrates setzt nur an einem Punkt an, nämlich bei den Arbeitsplätzen. Ch. Griesser ist der Ansicht, dass es um etwas ganz anderes geht bei dieser Initiative. Es geht darum, dass möglichst viele Leute, die in Winterthur wohnen, auch in Winterthur arbeiten können. Um das zu illustrieren, zeigt Ch. Griesser den Ersatzneubau eines ehemals kleinen Mehrfamilienhauses mit einem einzigen Gewerberaum im Erdgeschoss. Jetzt sind im ganzen Erdgeschoss Gewerberäume untergebracht. Damit konnte die Anzahl Arbeitsplätze in Winterthur erhöht werden. Wenn die Leute, die im 1. bis 7. Stock wohnen, in Winterthur einkaufen und manchmal auch konsumieren, werden ebenfalls Arbeitsplätze geschaffen oder zumindest erhalten. Trotzdem sinkt durch diesen Bau die Arbeitsplatzdichte. Wer sich nur auf die Arbeitsplatzzahl konzentriert, will, dass möglichst schnell möglichst viel gebaut wird. Das kann kein grünes Anliegen sein. Die Verhältniszahl, wie sie in der Initiative der Grünliberalen vorgesehen ist, bringt etwas

anderes ins Spiel, nämlich das Pendeln. Das Pendeln überlastet das Verkehrssystem, benötigt viel Energie, verursacht hohe Kosten für die Allgemeinheit, benötigt Zeit und stresst die Menschen. Pendeln ist ökonomisch und ökologisch ein Blödsinn. Das Problem der Initiative ist einerseits, dass die Ziele sehr hoch gesteckt sind und andererseits kritisiert die Grüne/AL-Fraktion die Überprüfungs Klausel, die nicht funktionieren kann. Deshalb stellt die Grüne/AL-Fraktion einen Rückweisungsantrag. Es gibt keine Gerichtsbarkeit, um die Einhaltung der Ziele einzuklagen. Die Entscheide des Grossen Gemeinderates und des Volkes dürfen durchaus einmal widersprüchlich sein. Die Grüne/AL-Fraktion beantragt deshalb die Rückweisung. Sie wünscht sich einen direkten Gegenvorschlag mit vernünftigen Zielen.

**Ratspräsident M. Wenger** bittet die Ratsmitglieder, sich zur Rückweisung zu äussern.

**B. Meier (GLP/PP)** fasst sich kurz zur Rückweisung. Die GLP/PP-Fraktion ist erfreut, dass sie beim Stadtrat offene Türen einrennt mit ihrem Anliegen. Mit der Umsetzung und mit der Weisung ist die Fraktion aber nicht zufrieden. Deshalb vertritt sie die Meinung, dass im Grundsatz eine Rückweisung angebracht wäre. Eine Rückweisung ermöglicht es dem Stadtrat, eine Auslegeordnung zu machen und auf der Ebene eines direkten Gegenvorschlags, der dem Volk vorgelegt werden kann, einen Kompromiss zu suchen, wenn die Ziele der Initiative aus irgendwelchen Gründen zu ehrgeizig erscheinen. Wenn ein direkter Gegenvorschlag vorliegt, kann die Winterthurer Bevölkerung effektiv auswählen. Sie kann eine Wahl zwischen der Initiative und dem Gegenvorschlag treffen. Eine Rückweisung zwingt den Stadtrat dazu, die qualitative Stadtentwicklung, inklusive bremsende Massnahmen beim Bevölkerungswachstum, wirklich ernst zu nehmen und sie zwingt den Stadtrat dazu seine eigenen Ziele auch quantitativ auf den Tisch zu legen. Deshalb unterstützt die GLP/PP-Fraktion die Rückweisung.

**M. Sorgo (SP):** Die SP-Fraktion ist gegen eine Rückweisung, weil sie grundsätzlich dagegen ist, dass starre Zahlen festgeschrieben werden – sowohl in der Initiative als auch im Gegenvorschlag des Stadtrates. Die SP anerkennt die Forderungen der Grünen und der GLP. In Zukunft muss darauf geachtet werden, wie die Pendlerströme besser gesteuert werden können. Die SP sieht aber in der starren Festlegung von Arbeitsplatzzahlen kein geeignetes Instrument. Deshalb wird die SP-Fraktion dem Rückweisungsantrag nicht zustimmen.

**Th. Deutsch (EVP/BDP)** äussert sich kurz zum Rückweisungsantrag. Die EVP/BDP-Fraktion wird gegen diesen Antrag stimmen, weil sie gegen eine Festlegung von Relationszahlen zwischen Bevölkerungs- und Arbeitsplatzzahlen ist.

**S. Büchi (SVP):** Die SVP lehnt den Rückweisungsantrag ab und unterstützt den indirekten Gegenvorschlag des Stadtrates. Dieser hat Hand und Fuss, aber nicht so weitreichende Ziele. Man muss über konkrete Massnahmen reden und nicht nur über Ziele, die in Zukunft erreicht werden sollen.

**M. Zeugin (GLP/PP):** Eine kleine Entgegnung zur Aussage der SP, dass sie nicht bereit ist, konkrete Ziele festzuschreiben. Hier muss man zurückspulen und sich daran erinnern, was mit der Initiative zur 2000-Watt-Gesellschaft der Grünen passiert ist. Der gleiche Mechanismus ist auf ein ökologisches Thema angewendet worden, der von der GLP übrigens unterstützt wurde. Auch dort ist es darum gegangen, dass man ein klares Ziel gesetzt hat, das letztendlich messbar sein muss, wie zum Beispiel der 2000-Watt-Konsum an Energie. Diese Initiative hat die Grüne/AL-Fraktion unterstützt. Das war zwar ein anderes Thema. Grundsätzlich müsste die Grüne/AL-Fraktion diesen Mechanismus befürworten, wird er doch an dem Ort so angewendet. In diesem Sinne ist es eigentlich ein vorgeschobener Grund, um nicht dabei zu sein bei der Rückweisung.

**U. Hofer (FDP):** Die FDP-Fraktion ist gegen den Rückweisungsantrag. Der Stadtrat hat die Arbeit gemacht. Er hat einen Gegenvorschlag ausgearbeitet. Die FDP ist damit nicht nur glücklich. Dazu wird sich U. Hofer später noch äussern. Die FDP ist insbesondere gegen

eine Verknüpfung mit den Wohnbevölkerungszahlen. Deshalb geht der Rückweisungsantrag mit der inhaltlichen Verknüpfung in die falsche Richtung. Die FDP wird die Rückweisung nicht unterstützen.

**Ch. Baumann (SP):** Zum Votum von M. Zeugin: Mit der 2000-Watt-Gesellschaft hat die SP ein anderes Ziel gesetzt. Mit dieser Initiative konnte man konkrete Massnahmen vom Stadtrat verlangen, um die Umstellung auf ökologische Energien zu erreichen. Bei den Arbeitsplätzen wäre es relativ schwierig, vom Stadtrat einen Mechanismus zu verlangen, mit dem mehr Arbeitsplätze angesiedelt werden könnten. Das ist eine ganz andere Steuerung. Bei der 2000-Watt-Gesellschaft geht es um eine generelle Umstellung der Gesellschaft auf ökologische Energieträger. Das ist ein Unterschied.

**Ratspräsident M. Künzle** bittet die Ratsmitglieder, den Rückweisungsantrag abzulehnen. Er ist etwas erstaunt über das Beispiel von Ch. Griesser. Wenn man das weiter denkt, geht es um das Thema Verdichtung. Wenn in einem Quartier in Winterthur mehr Wohnungen gebaut werden, wird dafür in Gotzenwil nicht gebaut. Über diesen Gedanken müsste man noch weiter diskutieren, damit klar wird, was das letztendlich bedeutet. An die Adresse der GLP: Der Stadtrat hat auf 7 Seiten eine Auslegeordnung gemacht, die sehr gut aufgebaut ist. Tatsächlich kann die Initiative zur 2000-Watt-Gesellschaft als Beispiel genommen werden. Das ist sogar besser steuerbar als den Unternehmungen bei der aktuellen Weltwirtschaftslage zu Befehlen, dass sie erfolgreich sein müssen. Alles was das Verhältnis zwischen Beschäftigtenzahlen und Einwohnerzahl anbelangt, birgt die Schwierigkeit, dass es dazu führen könnte, dass sogar Wohnungen geschlossen werden müssen, wenn die Anzahl Arbeitsplätze aus irgendwelchen globalen Gründen in Winterthur nicht erreicht werden kann. Der Stadtrat sieht in der Umsetzung ein riesiges Problem. Die GLP hat mit der Initiative einen Punkt getroffen. Es geht um Arbeitsplätze in Winterthur. Hier hat der Stadtrat bereits vor dieser Initiative die strategischen Ziele festgelegt. Das war schon immer ein Thema, auch wenn der Stadtrat eine konkrete Anzahl Arbeitsplätze nicht in die Strategie aufgenommen hat. Der Stadtrat will massiv mehr Arbeitsplätze. Ein Grund ist, dass die Pendlerströme reduziert werden sollen. Der Stadtrat hat die gleiche Zielsetzung. Trotzdem empfiehlt Stadtpräsident M. Künzle, den Rückweisungsantrag abzulehnen.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Rückweisungsantrag abstimmen.

**Der Rat** lehnt den Rückweisungsantrag mit klarer Mehrheit ab.

**U. Hofer (FDP):** Die FDP stellt einen Änderungsantrag. Der Antrag ist selbsterklärend. Die FDP vertritt die Meinung, dass Ziele quantifiziert werden sollen. Deshalb stellt die FDP den Ergänzungsantrag: Ergänzung zu Ziffer 3 (neuer dritter Bullet): Der Stadtrat setzt sich das Ziel von durchschnittlich 1'000 neue Arbeitsplätze pro Jahr bis zum Jahr 2030. Das sind die Zahlen, die sich der Stadtrat selber immer wieder in inoffiziellen Mitteilungen zum Ziel gesetzt hat. Der Stadtrat soll über die Zielerreichung berichten: Der bestehende 3. (neu 4.) Bullet von Ziffer 3 soll wie folgt geändert werden: „Der Stadtrat baut die Berichterstattung zu den Legislaturzielen und die Halbzeitberichterstattung zu den Legislaturzielen aus und legt dem Grossen Gemeinderat zweijährlich eine Reporting über die aufgeführten Massnahmen, die Entwicklung der Arbeitsplätze **und die Zielerreichung** zur Kenntnisnahme vor.“ Das ist die einzige Ergänzung. Über die Zielerreichung soll berichtet werden. Der Hintergrund ist folgender: Die FDP ist der Ansicht, dass es einfacher ist zu sagen, der Stadtrat verfolgt die Impulsstrategie weiter, als zu erklären, dass die Arbeitsplatzziele deutlich verfehlt worden sind und weiter an der Impulsstrategie gearbeitet werden muss. U. Hofer bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

**B. Meier (GLP/PP):** Will einen weiteren Antrag einbringen, der auf dem gleichen Level einsetzt, wie der Antrag der FDP. Die GLP beantragt eine Änderung des indirekten Gegenvorschlags des Stadtrates. Der Antrag ist in der AK diskutiert worden. Die Verhältniszahl der Beschäftigtendichte soll in den indirekten Gegenvorschlag aufgenommen werden, soll aber

mit der Zahl 0.68 deutlich weniger ambitiös sein, als die Ziele der Initiative. Ergänzend soll bei der Berichterstattung, wie im Antrag von U. Hofer, nicht nur über die Entwicklung der Arbeitsplätze, sondern auch über die Zielerreichung Bericht erstattet werden. Das Wesentliche ist der erste Punkt, dass der Stadtrat auf der Ebene des indirekten Gegenvorschlags das Ziel der Beschäftigendichte festhält.

**M. Sorgo (SP):** Wie bereits gesagt, die Initiative „Schaffe und Wohne z'Winterthur“ der Grünliberalen fordert ein Wachstum des Arbeitsplatzangebots, indem sie die Einwohnerzahl der Stadt mit der Arbeitsplatzdichte verknüpfen. Die SP-Fraktion anerkennt und unterstützt den Wunsch, dass die Pendlerbewegungen in Zukunft besser gesteuert werden müssen. Auch dem Anliegen, dass lokal mehr Arbeitsplätze geschaffen werden sollen, steht die SP nicht ablehnend gegenüber. Aber sie betrachtet die Initiative nicht als das richtige Mittel. Insbesondere deshalb nicht, weil eine Verknüpfung der Einwohnerzahl mit der Anzahl Arbeitsplätze aus Sicht der SP verschiedene Gefahren beinhaltet und einige Frage offen lässt. Die Diskussion ist bereits mehrmals geführt worden. Was passiert, wenn nicht genügend Arbeitsplätze geschaffen werden können? Ein grösseres Arbeitsplatzangebot in der Stadt wird nicht automatisch den Pendlerverkehr reduzieren. Im Gegenteil, die Leute pendeln, weil der ÖV und die Verkehrsinfrastruktur ihnen schnelle Anbindungen in weite Teile der Schweiz bieten – besonders auch in Winterthur. Wenn die Stadt keine flankierenden Massnahmen bei der Verkehrsentwicklung ergreift, könnten mehr Arbeitsplätze dazu führen, dass die Pendlerbewegungen in der Stadt sogar zunehmen. Die Initiantinnen und Initianten schreiben im Initiativtext, dass sie verhindern wollen, dass Winterthur zu einer Schlafstadt verkommt. Wenn M. Sorgo, egal zu welcher Tages- oder auch Nachtzeit durch die Stadt geht, fragt sie sich, wo genau diese Gefahr vorhanden ist. Die Stadt wirkt meist sehr lebendig. Die Gefahr, dass Winterthur zur Schlafstadt werden könnte, bestünde dann, wenn die Vielfältigkeit von Winterthur abnehmen würde. Aber es ist gerade die Vielfältigkeit im kulturellen und gesellschaftlichen Angebot, die Leben in die Stadt bringt und für potentielle neue Arbeitgeber attraktiv ist. Die SP will ein lebendiges und wirtschaftlich attraktives Winterthur. Deshalb soll weiterhin in die Vielfältigkeit investiert werden und nicht einseitig in Arbeitsplätze.

Die Steuerungsmöglichkeiten der Stadt bei der Ansiedlung von Unternehmen oder wenn Unternehmen in der Stadt gehalten werden sollen, sind begrenzt und von vielen externen Faktoren abhängig. Das hat man im Herbst gesehen. Rieter hat auf einen Schlag 200 Stellen abgebaut. Die Stadt konnte nicht mehr viel machen. Gleichzeitig stellt die SP fest, dass die Partei, die diese Initiative lanciert hat, seit Jahren daran mitbeteiligt ist, wenn es darum geht, den Abbau von Stellen im öffentlichen Dienst voranzutreiben. Dabei scheint man zu vergessen, dass gerade die Stadtverwaltung in den grossen Städten ein Grossteil der Arbeitsplätze ausmacht. Die SP erwartet von allen Parteien, die sich für den Wirtschaftsstandort Winterthur einsetzen, dass sie keinen Unterschied machen zwischen Stellen im öffentlichen und im privaten Bereich. Die Wichtigkeit der Stellen im Service Public führt aber auch dazu, dass ein Städtevergleich, der in der Initiative aufgeführt wird, so nicht ganz funktioniert. Winterthur wird mit Kantonshauptstädten und grossen Wirtschaftszentren verglichen. Aber gerade die Kantonshauptstädte haben einen sehr hohen Anteil an öffentlichen Verwaltungsstellen. Die Stadt Winterthur befindet sich auch in einer speziellen Lage durch die Nähe zu Zürich, das sowohl Kantonshauptstadt, als auch ein grosses Wirtschaftszentrum ist. Zudem bestehen exzellente Verkehrsanbindungen. Deshalb ist Zürich nicht so leicht vergleichbar mit anderen Städten in der Schweiz. Die SP ist für ein qualitatives Wachstum der Arbeitsplatzzahlen und für eine bessere Steuerung des Pendlerverkehrs und befürwortet griffige Massnahmen. Die SP fordert auch ein nachhaltiges Wachstum. Es bringt nichts, wenn Arbeitgeber angelockt werden, die bei unsicherer Wirtschaftslage sofort wieder Stellen streichen oder ins Ausland verlagern. Arbeits- und Lebensqualität wird durch die Vielfältigkeit der Stadt erhöht und nicht durch starre Arbeitsplatzzahlen. Aus diesen Gründen spricht sich die SP gegen eine Festbeschreibung von Zahlen in der Gemeindeordnung aus und lehnt die Initiative ebenso ab wie die gestellten Anträge. Die SP unterstützt den indirekten Gegenvorschlag des Stadtrates.

**S. Büchi (SVP)** ist erstaunt. Die SVP hat die gleiche Meinung wie die SP – aber aus etwas anderen Gründen. Die SVP sagt ganz klar ja zum Wirtschaftsstandort Winterthur und zum

Wohnstandort Winterthur, deshalb nein zur Initiative „Schaffe und Wohne z'Winterthur“. Das klingt im ersten Moment nicht logisch. Es ist aber schlussendlich konsequent. Die Initiative gibt keinen Weg vor, keine Massnahmen, sondern ein Ziel. Ein Ziel, hinter das sich sicher alle in diesem Raum stellen können – nämlich eine höhere Arbeitsplatzdichte. Wenn man ein Ziel hat, gegen das niemand etwas hat, ist das zu einfach, S. Büchi will nicht sagen populistisch, weil das Wort generell für die SVP reserviert ist, aber doch etwas billig. Man kann auch sagen, wir wollen eine sichere Stadt – niemand wird die Meinung vertreten, die Stadt soll weniger sicher sein. Die Frage ist, wie kann man das erreichen. Die SVP hat den Vorschlag gemacht, dass mehr Polizisten eingestellt werden sollen. Das ist eine konkrete Massnahme. Darüber kann man diskutieren – die einen sagen ja, die anderen nein. Wenn man einfach sagt, es braucht mehr Arbeitsplätze, jetzt schaut, wie das erreicht werden kann, ist das, wie gesagt, billig. In Tat und Wahrheit ist die Initiative technokratisch. Irgendwelche bürokratischen Einheiten müssten überprüfen, welche Vorlage inwiefern arbeitsplatzfreundlich ist. Man kann zwar das machen. Letzte Woche hat die Mehrheit im Rat eine Steuererhöhung beschlossen. Der Stadtrat hat diese ebenfalls vorgeschlagen. Das ist erst eine Woche her. Man muss nur die SVP fragen. Eine Steuererhöhung ist immer wirtschaftsfeindlich. Es ist offensichtlich, welche Vorlagen wirtschaftsfreundlich oder eben arbeitsplatzfeindlich sind. Dafür braucht es keine technokratischen Einheiten. Was passiert, wenn diese Initiative angenommen wird und sich herausstellt, dass die privaten Firmen nicht genügend Arbeitsplätze schaffen? Muss Winterthur dann staatliche Stellen schaffen? Die Grünliberalen Kolleginnen können sich ausrechnen, wie viele Gleichstellungsbüros benötigt werden, bis 70 Arbeitsplätze pro 100 Einwohner erreicht werden. Wie kann man das Ziel erreichen, wenn private Firmen die Arbeitsplätze schaffen sollen?

Stellungnahme der SVP zu den beiden Anträgen, die gestellt worden sind: Die Fraktion lehnt beide Anträge ab. Beide Anträge haben S. Büchi an etwas erinnert. Er hat auf einer Bank gearbeitet. Wer bei einer Bank ein Depot hat, weiss wie das funktioniert. Anfang Jahr erhält man eine Vermögensübersicht über das Depot. Wenn die Performance positiv ausfällt, ist der Kunde der der Ansicht, dass alle sehr viel gearbeitet haben. Deshalb ist die Performance positiv ausgefallen. Wenn die Performance negativ ausfällt, wenn es Verluste gibt, dann ist der Markt verantwortlich. Das liegt dann an der Wirtschaftskrise oder es ist sonst etwas passiert. Das ist im politischen Zusammenhang genauso. Der Gemeinderat kann nicht die gesamtwirtschaftliche Lage steuern. Wie viele Arbeitsplätze in der Stadt entstehen oder vernichtet werden, wie kürzlich die 200 Arbeitsplätze bei Rieter, kann der Stadtrat nicht steuern. Es handelt sich um gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge, die weder der Gemeinderat noch der Stadtrat steuern kann. Hier muss man realistisch sein und überlegen, was es bringt, wenn Ziele gesetzt werden, die weitgehend durch äussere Bedingungen definiert sind und die Stadt nur einen kleinen Beitrag leisten kann. S. Büchi ist der Ansicht, dass die hehren Anträge überflüssig sind. Sie laufen ins Leere. Durch das Controlling muss zudem die Bürokratie etwas ausgebaut werden. Deshalb lehnt die SVP diese Anträge ab. Zum indirekten Gegenvorschlag des Stadtrates: Die Impulsstrategie begrüsst die SVP grundsätzlich. Man könnte kritisieren, dass sie nicht sehr weit geht. Das ist in der Kommission angesprochen worden. Gerade in Anbetracht der Alternativen, dankt die SVP dem Stadtrat für diese Impulsstrategie. S. Büchi ist der Meinung, das ist ein Schritt in die richtige Richtung – ein erster Schritt. Weitere Schritte müssen folgen, damit die Stadt eine klare Standortstrategie umsetzen kann. In diesem Zusammenhang hat S. Büchi eine Kritik anzubringen. Im Zusammenhang mit dem Standort Winterthur hat er öfter gehört, dass auch die Standortförderung Geld braucht. Die Gelder für die Standortförderung seien aber gekürzt worden. Eigentlich war das keine Kürzung. Der Globalkredit wurde einfach nicht erhöht. Natürlich braucht es auch Mittel, um eine gute Standortpolitik und Standortförderung umzusetzen. Aber ein Vergleich mit erfolgreichen Standorten zeigt, dass nicht die Städte erfolgreich sind, die am meisten Mittel für die Standortförderung ausgeben, sondern die Standorte, die eine klare dezidiert Strategie verfolgen und diese konsequent einhalten. S. Büchi will sein Votum aber nicht mit der Kritik an der Impulsstrategie beenden, sondern mit einem Wunsch, weil bald Weihnachten ist. Er wünscht sich vom Stadtrat und vom Stadtpräsidenten, dass die Impulsstrategie, sofern sie angenommen wird, umgesetzt, weitergeführt und zu einer sauberen, langfristigen, guten Standortstrategie weiterentwickelt wird.

**D. Berger (Grüne/AL)** spricht im Namen der AL. Schlussendlich vertritt die Initiative der GLP ein wichtiges Anliegen. Es geht um die Verteilung von Arbeit und Wohnen. Die Überlegung ist einfach, wenn Wohnen und Arbeiten am gleichen Ort möglich ist, gibt es weniger Verkehrsströme. Das ist zu unterstützen, darin sind alle einig. Wie bereits erwähnt, ist die Umsetzung nicht einfach. Es stellt sich die Frage, wie man zu diesem Ziel kommt. Im aktuellen Wirtschaftssystem lässt sich die Verteilung von Arbeit und Wohnen nur schwer steuern. Es gibt zwar gewisse Mittel um einzugreifen. Diese sind aber restriktiv. Wenn zum Beispiel nicht umgezont wird, damit keine neuen Wohnungen entstehen können oder keine Arbeitsplätze, falls man das gegenteilige Bedürfnis haben sollte. Hingegen kann ein Unternehmen nicht gezwungen werden, sich in Winterthur anzusiedeln. Es gibt sehr viele exogene Faktoren, die die Lage beeinflussen – weltweit und in der Region. Es ist schwierig, wenn fixe Zahlen als Ziel festgelegt werden, weil die meisten Faktoren nicht beeinflusst werden können. D. Berger nimmt an, dass es nicht das Ziel dieser Initiative ist, dass Wohnungen abgerissen werden, um den Koeffizienten zu erreichen, wenn der Wert sonst nicht erreicht werden kann. D. Berger stellt eine inhaltliche Frage: In der Initiative steht nicht woher der Wert kommt, was die Dichte anbelangt. Bei seiner Recherche hat einen Wert von 0,63 für das Jahr 2011 für Winterthur in einem Dokument in Luzern gefunden. Nirgends in der Initiative wird gesagt, wer diesen Wert berechnet. Hat das DFS diesen Wert veröffentlicht oder die Stadt Winterthur? Das ist eine rein technische Frage. Woher kommt dieser Wert? Das muss festgehalten werden, weil es, je nach Dokument, verschiedene Werte gibt.

D. Berger weiss, wie sich diese Initiative umsetzen lässt. Man müsste zuerst einen Kanton Winterthur gründen. Die Stadt müsste sich von Zürich abspalten. Damit könnten in Winterthur mehr Verwaltungseinheiten geschaffen werden. Der neue Kanton würde sich dann zur sozialistischen Volksdemokratie erklären und eine eigene Schwerindustrie aufbauen. Ausserhalb der Stadt kann eine Trabantenstadt gebaut werden. Wenn neue Leute kommen, können sie dort wohnen. Dieser Vorschlag beinhaltet alles, was bereits gesagt worden ist, wäre aber schwierig umzusetzen. Bei aller Sympathie für die Ziele dieser Initiative glaubt D. Berger nicht, dass sie sich in dieser Form umsetzen lassen. Damit würde alles dem Wirtschaftswachstum unterworfen – alle Geschäfte, die im Rat behandelt werden. Man sieht das auch an den Anträgen. Es geht nicht mehr um die Verteilung von Arbeiten und Wohnen, sondern nur noch um das Arbeitsplatzwachstum. Das allein kann nicht die Maxime sein. Der Gegenvorschlag des Stadtrates ist etwas zahnlos und tut niemandem wirklich weh. Er ist aber auch nicht wirklich nötig. Der Änderungsantrag der FDP geht in die gleiche Richtung. Man kommt ab vom Verteilschlüssel. Es geht einfach darum, dass 1'000 neue Arbeitsplätze pro Jahr hinzukommen sollen. Wobei, im Antrag steht, dass 1'000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden sollen, aber es steht nicht, wie viele verloren gehen dürfen. Wenn in einem Jahr 2'000 Arbeitsplätze verloren gehen und tausend neu geschaffen werden, ist das Ziel dann erreicht oder nicht? Es müsste wahrscheinlich eher zusätzliche Arbeitsplätze heissen. Den Kompromissvorschlag der GLP lehnt die AL ebenfalls ab, weil sie Vorbehalte gegenüber fixen Zahlen hat. Es ist illusorisch, eine Zahl festzulegen.

**U. Hofer (FDP)** dankt für die semantischen Hinweise und nimmt diese für ein nächstes Mal gerne auf. Ansonsten teilt er die Bedenken vieler Vorredner. Im Vergleich zu M. Sorgo findet U. Hofer, dass nicht die Stadt den jährlichen Stellenschafferpreis absahnen sollte, sondern die Privatwirtschaft. Er würde sich das gleiche Weihnachtsgeschenk wie S. Büchi wünschen, aber für den indirekten Gegenvorschlag würde er ein kleineres Geschenk geben. Zur Volksinitiative: Das Ziel, das haben alle gesagt, ist unbestritten und sinnvoll. Ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Wohnbevölkerung und Arbeitsplätzen ist für alle einleuchtend. Um dieses Ziel zu erreichen, sind zwei Wege möglich. Die Erhöhung der Anzahl Arbeitsplätze, hinter diesem Ziel steht die FDP zu 100 %. Das ist sicher super. Das Problem ist, wenn man Ziele festschreibt, werden sie nicht einfach so erreicht. Hinter dem zweiten Ziel, der Reduktion der Wohnbevölkerung, steht die FDP nur zu 50 %. Wenn gesagt wird, dass das Wachstum gebremst werden soll, OK, darüber kann man reden. Wenn es heisst, das Wachstum ist um jeden Preis zu verhindern, sieht es anders aus. Ein Beispiel ist das Werk 1, ein sinnvolles Projekt, mit dem auch Wohnfläche entstehen soll. Wenn man dort nein sagen und

das Projekt gefährden würde, gestützt auf die Initiative, könnte die FDP nicht mehr dahinter stehen. Es ist auch faktisch schwierig, die BZO lässt Raum für zusätzlichen Wohnungsbau. Wenn man nicht zwangsumsiedeln will, wird es schwierig, auch wenn man die richtigen Massnahmen ergreift.

Unklar, das wurde bereits erwähnt, bleiben die Folgen. Was passiert, falls ein Geschäft des Stadtrates oder des Gemeinderates nicht kompatibel sein sollte? Die Überprüfung von praktisch allen Geschäften benötigt tatsächlich eine gewisse Bürokratie. S. Büchi hat richtig festgestellt, bei vielen Geschäften ist nicht klar, ob sie kompatibel sind oder nicht, bevor die Behörde sie geprüft hat. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass der Gemeinderat nicht unbedingt im Sinne dieser Zielsetzung abstimmen wird. Gerade die GLP hat das gezeigt, Stichworte sind: Steuererhöhung, Abgabe von Land im Baurecht, Förderung des gemeinnützigen Wohnungsbau etc. Was ist die Konsequenz? Vor diesem Hintergrund lehnt die FDP die Volksinitiative ab – auch den Antrag der GLP, der eine Verknüpfung der Wohnbevölkerung mit der Arbeitsplatzdichte beinhaltet. Die FDP unterstützt den Gegenvorschlag des Stadtrates. Er hat die Befürchtungen richtig aufgezeigt und lehnt die Initiative ab. Das unterstützt die FDP. Selber bleibt der Stadtrat vage und unverbindlich. Im Wesentlichen besteht der Gegenvorschlag aus der Impulsstrategie. Es nervt ein wenig, dass diese Strategie noch immer sehr vage bleibt. Das gilt vor allem für den Satz: „Zurzeit wird mit der Standortförderung das konkrete Programm 2015/2016 erarbeitet.“ Wir haben jetzt Ende 2015. U. Hofer hätte Freude an einem konkreten, handfesten Vorschlag, wie diese Strategie umgesetzt werden soll. Fazit: Die FDP ist gegen die Initiative, aufgrund wichtiger inhaltlicher Differenzen. Sie ist aber auch der Ansicht, dass ein bürgerlicher Stadtrat sich besser als Arbeitsplatzbeschaffer hätte profilieren können. Der Gegenvorschlag bleibt sehr vage. Die FDP wartet ungeduldig auf die konkreten Vorschläge. Vor diesem Hintergrund wird die FDP die Initiative ablehnen, den Gegenvorschlag trotz aller Bedenken unterstützen. Sie hofft, dass der eigene Antrag durchkommt. Zugegeben, mit diesem Antrag werden auch nicht 1'000 Arbeitsplätze geschaffen. Es bestehen einfach grössere Möglichkeiten.

**Th. Deutsch (EVP/BDP):** Es mag sein, dass der indirekte Gegenvorschlag des Stadtrates etwas vage ist. Aber sehen wir es so: In der BZO steht, wie viele Wohnungen in Winterthur noch gebaut werden können. Der Stadtrat kann nichts dagegen machen, egal ob er will oder nicht. Er kann auch niemanden dazu zwingen, sich in Winterthur anzusiedeln und hunderte oder tausende Arbeitsplätze zu schaffen. Der Stadtrat kann das versuchen und das macht er bereits. Die EVP/BDP-Fraktion glaubt dem Stadtrat, dass er das weiterhin macht. Sie hat Vertrauen in den Stadtrat, dass er diese Absichten hat. Das hat er bereits mehrfach erklärt und gezeigt. Die EVP/BDP-Fraktion glaubt nicht, dass Winterthur eine Schlafstadt ist. Th. Deutsch schliesst sich M. Sorgo an, Winterthur ist eine sehr lebendige Stadt und es ist nicht zu befürchten, dass sich das in absehbarer Zeit ändern wird. Gerade weil der Stadtrat nicht so viele Möglichkeiten hat, um Einfluss zu nehmen, ist die EVP/BDP-Fraktion gegen fixe Ziele im Gegenvorschlag und unterstützt weder relative noch absolute Ziele. Bei beiden kann der Stadtrat nicht viel machen.

**B. Meier (GLP/PP)** will auf einige Punkte eingehen, die angesprochen worden sind. Als erstes will er seiner Überraschung Ausdruck verleihen, wie wohlwollend die Idee an sich aufgenommen wird, auch vom Stadtrat und wie tiefsitzend die Angst in den gestaltenden Politikern steckt, wenn es darum geht, irgendetwas konkret zu unternehmen. Darauf will B. Meier näher eingehen. Er zeigt die Positionierung von Winterthur unter den 20 grössten Schweizer Städten. Das ist der Ausgangspunkt der Initiative. Dabei wird geprüft, was sich in den letzten Jahren oder Jahrzehnten in Winterthur entwickelt hat und wo die Stadt mit dieser Entwicklung heute steht. Beim Thema Schlafstadt geht es nicht darum, ob Winterthur ein lebendiges Ausgangsleben hat oder nicht. Es geht darum, ob man in Winterthur im Prinzip vor allem wohnt und die Stadt einen typischen Agglomerationscharakter hat oder ob Winterthur den Charakter eines regionalen Wirtschaftszentrums hat, das auch Arbeitsplätze und potentiell nahe Wege zum Arbeitsplatz bietet. Zudem ist es wichtig, ob Winterthur im Wesentlichen eine Wegpendlerstadt ist. Unter den 20 grössten Schweizer Städten ist Winterthur auf Platz 17, knapp vor Köniz und Uster, was die Arbeitsplatzdichte anbelangt. Mit dieser Darstellung

will B. Meier mit der Idee aufräumen, dass die Stadt Winterthur ein Problem hat, weil sie kein Kantonshauptort ist. Winterthur hat mehr Arbeitsplätze in der Verwaltung als die Städte Zürich oder Basel. Winterthur hat etwa gleich viele Arbeitsplätze in der Verwaltung wie die Hauptorte Chur oder Schaffhausen. Die Stadt ist definitiv schlechter gestellt, wie man auf der vorgelegten Darstellung sieht, als Städte wie Biel oder La Chaux-de-Fonds. Die Stadt Biel ist umgeben ist von Kantonshauptstädten. Wenn das Ziel der Initiative, eine Arbeitsplatzdichte von ca. 70, erreicht ist, liegt Winterthur etwa auf dem Niveau von Biel. Es geht darum, dass Winterthur vom Schlusslicht ins Mittelfeld der grossen Städte gelangt. Dieses Ziel muss doch allen etwas Wert sein.

Antwort auf das Votum von D. Berger: Die Daten stammen aus der Betriebserhebung. Heute würde die AHV-Erhebung des Bundesamtes für Statistik beigezogen. Deshalb sind die Werte höher. Aber der Wechsel der Datengrundlage ist handhabbar. Mit den neueren Daten ist die Position von Winterthur unverändert auf Platz 17. Auf einige Argumente, die der Stadtrat trotz Wohlwollen zusammengesucht hat, um gegen die Initiative argumentieren zu können, will B. Meier kurz eingehen. Der Controlling-Artikel wird bemängelt, weil der Aufwand zu gross sei. Wenn man sich ein solches Ziel setzt, muss es selbstverständlich sein, dass die wichtigsten Beschlüsse dahingehend überprüft werden – ob das die Energiepolitik betrifft, die Verkehrspolitik oder die Steuerpolitik. Man hätte diesen Artikel einfach weglassen können, weil das selbstverständlich ist. Von verschiedenen Votanten wird die Frage aufgeworfen, was passieren soll, wenn man vom Ziel abweicht. Man kann dieses Ziel nicht zwingend erreichen. Die Stadt hat nicht alle Steuerfaktoren im Griff. Auch in anderen Politikbereichen werden selbstverständlich Ziele gesetzt. Energiepolitik: Die Stadt hat sich auf den Weg zur 2000-Watt-Gesellschaft begeben. Das ist an der Urne bestätigt worden. Niemand weiss, wie sich zum Beispiel der Ölpreis entwickelt. Es gibt verschiedene Faktoren, die dazu führen können, dass man von diesem Ziel abweicht und unter- oder überschiesst. Wenn das geschieht, muss man die Abweichungen begründen und aufzeigen, dass man die notwendigen Massnahmen ergriffen hat, um das Ziel zu erreichen. Genau darum geht es auch hier. Man muss nicht alle Variablen im Griff haben. Auch im Verkehrsbereich hat der Gemeinderat eine Erhöhung um 8 Prozentpunkte beschlossen. Natürlich entscheiden die Personen individuell, ob sie sich ins Auto setzen oder ob sie auf das Velo steigen. Trotzdem setzt man sich in der Politik Ziele. Wieso der Stadtrat keine quantitative Zielsetzung will, ist aus der Weisung nicht ersichtlich. Zur Einordnung des Antrags der FDP: Mit der Standortförderung hat man im Zeitraum 2011 bis 2015 vereinbart, dass ca. 1'800 Arbeitsplätze pro Jahr geschaffen werden sollen in Winterthur. Die Stadt bezahlt notabene eine halbe Million an die Standortförderung pro Jahr. Deshalb darf man ein Ziel, das in einem Leistungsauftrag festgehalten ist, auf eine politisch höhere Ebene heben und als verbindlich anschauen.

B. Meier betont, dass es möglich ist diese Arbeitsplätze zu schaffen. Die Stadt hat dazu fantastische Voraussetzungen. Winterthur hat eine sehr gute Infrastruktur und ist verkehrsmässig sehr gut gelegen. Zudem verfügt die Stadt über Flächen und Räume, um in sehr kurzer Zeit ca. 10'000 Arbeitsplätze ansiedeln zu können. Zusätzlich besteht ein riesiges Ausbaupotential. Wenn dadurch der Wirtschaftsstandort gestärkt wird, kann schlussendlich auch das Steuersubstrat gestärkt werden. Das ist ein wesentlicher Beitrag an ausgeglichene Stadtfinanzen in den kommenden Jahren. Warum sich der Stadtrat und ein Teil des Gemeinderates dagegen wehren, diese Ziele verbindlich und langfristig festzulegen, ist aus folgendem Grund rätselhaft: Mit der Impulsstrategie ist der Weg vom jetzigen Stadtrat vorgezeichnet worden. Er hat das zum Legislaturziel erklärt. Wenn der Stadtrat interessiert ist, diese Zielsetzung über die Legislatur hinaus zu retten, vielleicht auch längerfristig, wenn die Mehrheiten sich geändert haben, müsste er idealerweise ein Ziel bis 2030, das vom Volk beschlossen worden ist, in der Hand haben. Damit würde dieses Ziel für alle gelten, auch wenn die Mehrheitsverhältnisse ändern sollten. Im Rat ist viel über Arbeitsplätze diskutiert worden. Das ist aber nur ein Bein der Initiative. Sie steht auf zwei Beinen. Das andere Bein betrifft die Bevölkerung und um das Bevölkerungswachstum. Natürlich geht es nicht darum, dass Wohnzonen zurückgezogen werden und Eigentümer in Millionenhöhe geschädigt werden. Das war nie die Idee. Es geht darum, dass zum bestehenden Industrie- und Gewerbeland Sorge getragen wird und nicht wie in den letzten Jahren Scheibe um Scheibe in die Wohnzone umgezogen wird. Dort hat die Stadt tatsächlich einen Hebel in der Hand. Schlussendlich geht

es darum, dass die Spekulation mit Industrieland beendet wird. Dabei geht es nicht darum, dass ein Eigentümer wartet bis ein bauwilliger Industrieller mehr für das Land bezahlt. Es geht um die Spekulation und die Erwartung, dass eine Industrie- und Gewerbezone in die Wohnzone umgezogen wird. Heute, das ist ein Bein der Impulsstrategie, ist richtig festgestellt worden, dass die Flächenvermittlung für ansiedlungswillige Unternehmen ein zentraler Punkt sein muss. Die Stadt hat das Problem, dass Flächen vorhanden sind, die durch die BZO geschützt werden, von den Eigentümern aber nicht zur Verfügung gestellt werden, weil sie die Hoffnung hegen, dass eventuell eine Zentrumszone entsteht oder ein Wohnanteil möglich wird. Dieser Spekulation muss man den Riegel schieben, damit langfristig die Impulsstrategie abgesichert werden kann. Das ermöglicht diese Initiative oder ein griffiges Ziel im Gegenvorschlag.

Es besteht die Möglichkeit das Bevölkerungswachstum, das in den letzten Jahren sehr stark gewesen ist, zu bremsen oder zumindest den Fuss vom Gas zu nehmen. Das ist wichtig. Das schnelle Wachstum ist eine Ursache für die schwierige Finanzlage. Winterthur stöhnt unter den Wachstumsschmerzen der letzten Jahre. Dadurch entstehen hohe Ausgaben im Bildungsbereich, im Sozialbereich, im Bereich der Ergänzungsleistungen etc. Wenn dieses Verhältnis geändert werden kann mit einem höheren Anteil Steuereinnahmen von juristischen Personen, der in Winterthur rekordmässig tief ist, können die Finanzen breiter abgestützt werden. Die Stadt wird dann vor allem auch in wirtschaftlich guten Zeiten vom Wachstum in der Wirtschaft profitieren. Die Steuereinnahmen von natürlichen Personen sind zwar stabil, aber wenn es dem Kanton Zürich oder dem Grossraum Zürich gut geht, merkt Winterthur im Bereich der Steuern so gut wie nichts. Wenn dem Gemeinderat eine langfristige ausgewogene Entwicklung von Winterthur wichtig ist, muss er einer quantitativen Zielsetzung zustimmen. Ansonsten bleibt alles im Bereich der Sonntagsreden. S. Büchi hat das Bonmot geprägt, es sei billig, wenn man nur ein Ziel setzt und nichts zum Weg sagt. B. Meier hat einiges zu einem möglichen Weg gesagt. Der Stadtrat hat sich ebenfalls dazu geäußert. Man kann das auch umkehren und sagen: Es ist billig, zu sagen, das ist unsere Absicht und wir gebe unser Möglichstes, wenn man sich nicht auf ein Ziel verpflichten will. Genau darum geht es der GLP, dass man sich auf ein Ziel verpflichtet. B. Meier bittet die Ratsmitglieder, der Initiative oder allenfalls einer Konkretisierung des indirekten Gegenvorschlags zuzustimmen, damit in Winterthur eine langfristige, ausgewogene Entwicklung und mehr Lebensqualität erreicht werden kann.

**F. Albanese (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion folgt der Empfehlung des Stadtrates und lehnt die Volksinitiative ab. Genauso lehnt die Fraktion sowohl den Ergänzungsantrag der FDP als auch den Eventualantrag der GLP ab. Ausserdem unterstützt die CVP/EDU-Fraktion den indirekten Gegenvorschlag des Stadtrates. Wenn es die GLP wirklich ernst meinen würde, mit ihrem Wunsch in Winterthur mehr Arbeitsplätze zu schaffen, hätte sie gemeinsam mit der CVP/EDU-Fraktion die Parkplatzverordnung abgelehnt. Sie hätte ihre Motion Baurecht statt Landverkäufe und andere cannabisähnliche Schnapsvorstösse erst gar nicht eingereicht. Stattdessen verhält sich die GLP leider als Partei zurzeit ansatzweise wie jemand der bipolare, dissoziative und identitätsstörende Züge an den Tag legt, indem sie solch untaugliche Alibivolksinitiativen wie Wohne und Schaffe z'Winterthur mit pastellgrüner Farbe schreibt. Gleichzeitig hat sie an der vorletzten Gemeinderatssitzung der Winterthurer Standortförderung das Geld gekürzt und sich während der vergangenen Budgetdebatte vielen Sparanträgen verschlossen. Letztendlich hat sie sogar einer wirtschaftsfeindlichen Steuererhöhung erst den Weg geebnet und danach mit einem entsprechenden Antrag ohne Not erzwungen. Ein Stück weit hat die CVP/EDU-Fraktion für den aktuellen Gemütszustand der GLP Verständnis, weil sie in der Vergangenheit von einer Erfolgswelle zur anderen geritten ist und sich nach den letzten Wahlmisserfolgen jäh und brutal aus der Bahn hat reissen lassen. Aber wenn GLP die Bodenhaftung nicht ganz verlieren will, wäre es langsam an der Zeit, wieder auf den Boden der Realität zurückzufinden. Man kann beim besten Willen nicht wie ein Magier mit einem GLP Zauberstab in der Hand, den Markt und die Konjunktur und andere unvorhersehbare Einflüsse ausser Acht lassen. Man kann nicht nach Belieben an wild herbeigeführten Zielvorgaben herumschrauben und diese zu allem Überflus noch miteinander verknüpfen, ohne dass unweigerlich planwirtschaftliche Kollateralschäden hervor-

gerufen werden. Die angedeuteten Grundabsichten der GLP, dass alles politisch Mögliche unternommen werden muss, damit die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die Wirtschaft geschaffen werden müssen, damit in Winterthur möglichst kontinuierlich neue Arbeitsplätze entstehen können, teilt die CVP/EDU-Fraktion natürlich sowohl mit den Initianten als auch mit dem Stadtrat. Sie lehnt aber gerade deshalb die Initiative ab und fordert, die Initianten auf, entsprechend der verkündeten Absicht, die in der Initiative enthalten ist, in Zukunft politisch konsistentere Taten folgen zu lassen.

**R. Diener (Grüne/AL):** Es ist bereits viel gesagt worden, deshalb wird R. Diener versuchen das Votum zu kürzen. Trotzdem müssen einige ganz wichtige Dinge erwähnt werden, die auch von F. Albanese, U. Hofer und S. Büchi vorgebracht worden sind. Es ist nicht so, dass die Arbeitsplatzdichte nicht beeinflussbar ist. Sie wäre schon beeinflussbar, vielleicht nicht unbedingt kommunal, aber übergeordnet. Liebe Rechte, ein wichtiger Faktor spielt eine grosse Rolle, nämlich der Steuerwettbewerb. Der Standortwettbewerb, der auf diesem Steuerwettbewerb aufbaut, führt dazu, dass es nicht sehr attraktiv ist, sich als Unternehmer in Winterthur anzusiedeln. Das hat die rechte Ratsseite immer wieder auf den Punkt gebracht. Deshalb sollten sie sich für Steuergerechtigkeit in der Schweiz und im Kanton Zürich und für einen Ausgleich zwischen den Gemeinden einsetzen, damit Winterthur eine Chance hat, tatsächlich mehr Arbeitsplätze zu erhalten. Soviel zu diesem Thema. Es ist sicher nicht falsch, ein Ziel zu setzen. Auch R. Diener steht dazu. Es ist ein richtiger Ansatz, dass sich Winterthur ein Ziel vornimmt und sich verbessern will, auch wenn es eine quantitative Grösse ist, die festgelegt wird. Die Grüne/AL-Fraktion hat vor allem ein Problem mit der Initiative. Das betrifft den Passus, mit dem Sanktionen auferlegt werden sollen. Genau hier stellt sich die Frage, wer beschliesst die Sanktionen und wer soll die Rechtsprechung für die Sanktionen übernehmen. Das wird kaum möglich sein. Deshalb vertritt R. Diener innerhalb der Fraktion die Ansicht, dass die Initiative abzulehnen ist. Er ist der Ansicht, dass es nicht zielführend ist, sich auf diesen Weg zu begeben. Es ist aber zielführend, dass sich die Stadt auf diesen Weg begibt und die Formulierung, wie sie B. Meier vorschlägt, in den Gegenvorschlag aufgenommen wird. Winterthur muss sich auf den Weg machen. Die Vergleichszahlen der anderen Schweizer Städte sind erschreckend. Winterthur ist die sechstgrösste Stadt, liegt aber in Bezug auf die Arbeitsplatzzahlen auf Rang 17. Viel kleinere Städte stehen wesentlich besser da. Man kann, auch wenn die übergeordneten Faktoren eine grosse Rolle spielen, versuchen, etwas zu bewegen. Das ist sicher nicht ganz einfach. Es ist aber wichtig, dass sich Winterthur auf den Weg begibt und dass die ökologischen Faktoren mit einbezogen werden. R. Diener weist darauf hin, dass übergeordnet die Thematik der Pendler eine grosse Rolle spielt. Die Pendlerproblematik muss angegangen werden. Hier erwartet R. Diener auch von der rechten Ratsseite Unterstützung. Das Problem kann natürlich nicht nur in Winterthur angegangen werden. Es muss übergeordnet angepackt werden. Der Distanzverkehr wird viel zu stark gefördert, indem noch immer Pendlerabzüge auf der übergeordneten Ebene möglich sind, indem der Autoverkehr massiv bevorzugt wird gegenüber dem lokalen ÖV und dem Veloverkehr, die beide viel ökologischer und ökonomischer sind. Das sind Faktoren, die gefördert werden müssen. Die Stadt kann sich auf diesen Weg begeben und Verbesserungen erreichen. Deshalb unterstützt R. Diener zusammen mit einer Minderheit der Grünen den Gegenvorschlag beziehungsweise die Ergänzung des Gegenvorschlags durch die Grünliberalen mit dem Passus der Zielsetzung im Gegenvorschlag des Stadtrates. R. Diener dankt für die Unterstützung.

**M. Zeugin (GLP/PP):** Es zeichnet sich leider ab, dass eine unheilige Allianz zwar die hehren Ziele befürwortet, aber die Initiative trotzdem bodigen wird. Es kommt M. Zeugin vor, als ob man zwar das Gleiche will, aber trotzdem den Kopf in den Sand steckt. Er kann nicht nachvollziehen, was die SP will. Bei jeder Budgetdebatte betet die SP herunter, dass WOV gefälligst umzusetzen ist. Dem Stadtrat sollen Ziele vorgegeben werden. Er kann dann erklären, was das kosten wird etc. M. Zeugin kann es nicht mehr hören – die reine Lehre, die von der SP gefordert wird. Jetzt sollen diesen Forderungen erfüllt werden. Die GLP will ein Ziel. Deshalb hat M. Zeugin erwartet, dass die SP den Stadtrat fragt, wie viel das kostet. Aber nein, die SP erklärt, dass ein Ziel nicht festgeschrieben werden kann. Es entspricht nicht WOV,

geht nicht, machen wir nicht, wollen wir nicht. Wie bereits erwähnt, die 2000-Watt-Gesellschaft baut auf der gleichen Mechanik auf. Das Gesagte muss M. Zeugin nicht wiederholen. Kann sich die SP noch an die Diskussionen erinnern? Damals wurde gefragt, wie das gesteuert werden soll und wie die graue Energie kontrolliert werden soll. Das wurde als unmöglich angeschaut. Die GLP und die SP standen damals auf der gleichen Seite. Heute schiebt die SP bei den gleichen Forderungen billige Argumente vor. Sie könnte doch einfach sagen, dass sie das nicht will. Das wäre richtig und wäre auch kein Problem. Andere politische Ziele können klar geäussert werden. Man kann auch andere Bereiche anschauen – zum Beispiel die Sozialpolitik. Warum ist es der SP so wichtig, dass all die Standards ins Gesetz geschrieben werden? Genau aus dem gleichen Grund, damit die Exekutive und die Verwaltung gezwungen sind, den gewünschten Zielen zu folgen, obwohl die Stadt Schwierigkeiten hat, die benötigten Ressourcen, in diesem Bereich vielleicht nur finanzielle Ressourcen, zu organisieren. M. Zeugin bittet die SP, sich nicht hinter einer technischen Argumentation zu verstecken, sondern einfach nein zu sagen und zu erklären, dass weiterhin billiges Wohnen gefördert werden soll, was übrigens ein legitimes Ziel ist. Das ist kein Problem. Diese Absicht kann so geäussert werden. Damit kann die Initiative legitim gebodigt werden, was effektiv der Fall ist. Wo kein Wille ist, da ist kein Weg. Das zeigt sich deutlich. Die SVP wird es nicht gern hören. Sie sieht sich selber als wirtschaftsfreundliche Partei. Der Gartenhaag ist aber sehr klein, wenn das nur auf Winterthur angewendet wird. Das zeigt auch die Politik der SVP in Bern, die im höchsten Mass wirtschaftsfeindlich ist, zum Beispiel in Bezug auf die Aufkündigung der bilateralen Verträge, beziehungsweise die Personenfreizügigkeit mit der EU. Die SVP sollte einmal eine Aussenhandelsbilanz der Schweiz anschauen und zur Kenntnis nehmen, wie gross der Aussenhandel mit der EU ist. M. Zeugin will das Experiment nicht eingehen und auf diesen Betrag verzichten. Die Wirtschaftsfreundlichkeit der SVP hat relativ massive Grenzen, wenn es für die SVP pauschal und populistisch wird. Sich von der SVP sagen zu lassen, dass man nicht populistisch sein soll, das muss gar nicht kommentiert werden. Die Abschottungspolitik der SVP in Bezug auf den freien Handel mit der EU schadet der Schweiz mehr als einige Parkplätze in Winterthur – absolut wie auch relativ. Viele dieser Parkplätze werden nur benötigt, weil die Parteikollegen der SVP-Fraktion Mitarbeiter aus dem süddeutschen Raum beschäftigen. Das würde dann auch nicht mehr gehen. Wenigstens würden damit freie Parkplätze zu Verfügung stehen. Das geht aber nicht ganz auf. Der CVP muss M. Zeugin danken. Er geht gerne ins Sommertheater. Dass die CVP dem Gemeinderat im kalten Winter einen Schwank bietet mit billigen Lachern, ist bemerkenswert. M. Zeugin will nicht persönlich werden, aber die Schweizerfahren vor den Schulen haben wahrscheinlich nicht viele Arbeitsplätze geschaffen. Auch die viel diskutierten Ablehnungen von Einbürgerungsgesuchen haben kaum einen Arbeitsplatz in der Schweiz geschaffen. Lustig findet M. Zeugin die Referenz auf die Wahlen. Es stimmt, die GLP hat im Jahr 2015 keine Wahlerfolge mehr gehabt. Aber die CVP sollte die letzten 20 Jahre der eigenen Partei betrachten. Das sieht nicht viel besser aus.

Der Stadtpräsident hat sich auf Gotzenwil bezogen, um die eigene Position zu erklären. Persönlich findet M. Zeugin diese Referenz eine etwas gewagte These, weil es nicht unbedingt der Stadtrat war, der in Gotzenwil nicht bauen wollte. Man kann das aber nachher bei einem Bier erörtern. M. Zeugin kann sich an Diskussionen im Gemeinderat erinnern, in denen es hart zur Sache gegangen ist – Beispiele sind die Planungszone Neuhegi und diverse Einzonen von Industrieland in die Wohnzone oder in eine gemischte Zone, dazu gehört auch das Sulzerareal Stadtmitte. M. Zeugin erinnert den Stadtrat daran, dass er sich einige Male mit der GLP in Bezug auf dieses Ziel gestritten hat. Der Stadtrat stand oft auf der anderen Seite und hat lieber den einfacheren Weg genommen. Was ist mit dem einfacheren Weg gemeint? Die Grünliberalen setzten tatsächlich ein Ziel mit dieser Initiative. Wenn dieses Ziel verbindlich in die Gemeindeordnung aufgenommen wird, hat der Stadtrat auch eine gestärkte Verhandlungsposition gegenüber dem Kanton – das ist nur ein Beispiel. Wenn man die kantonalen Planungsinstrumente anschaut und sieht, was der Kanton an zusätzlichem Bevölkerungswachstum in Winterthur vorhersieht, wäre die Stadt gut beraten, wenn sie ein Verhandlungspfand hätte, für das sie etwas einfordern könnte. In den letzten 20 Jahren konnte der Kanton einfach sagen, in Winterthur kann man Land einzonen, das wird schon klappen. M. Zeugin wäre auf die kantonale Politik gespannt, wenn der Stadtrat erklären wür-

de, dass die nächsten 50'000 Zuzüger am Zürichsee platziert werden sollen. Dort soll billiger Wohnraum erstellt werden. Dann sieht es am Zürichsee in Bezug auf die Sozialfälle etwas anders aus. Auch für den Stadtrat wäre es geschickt, wenn er etwas strategischer und weiter denken und dankbar den Ball aufnehmen würde. Dafür könnte er beim Kanton und bei seinen bürgerlichen Kollegen in der Regierung, das eine oder andere politische Pfand eintauschen. Es ist auch strategisch ungeschickt, die Initiative abzulehnen. Es würde Winterthur in eine gute Verhandlungssituation bringen, auch in Bezug auf die Reform der Soziallasten. Dann könnte die Stadt Winterthur erklären, dass die kantonalen Ziele in Bezug auf das Wachstum wie vom Kanton gefordert, umgesetzt werden, aber nicht von Winterthur allein. Der Kanton muss helfen. Zudem wäre das dann nicht möglich, ohne die Gemeindeordnung abzuändern. Ein wenig strategischen Weitblick hätte sich M. Zeugin gewünscht und nicht nur die Erklärung, dass die Ziele geteilt werden. Es geht nicht nur um die Ziele, sondern um harte Verhandlungen mit dem Kanton. M. Zeugin fordert die Ratsmitglieder auf, den Kopf nicht in den Sand zu stecken, sondern die Initiative zu unterstützen. Alle sind der Meinung, dass es hehre Ziele sind, deshalb soll es nicht dabei bleiben. Die Ratsmitglieder sind nicht gewählt worden, um hehre Ziele zu formulieren und zu erklären, dass sich das irgendwie regelt. Alle sind gewählt worden, um die Instrumente, die vorhanden sind, einzusetzen. Es gibt viele Instrumente, die genutzt werden können – dazu gehören auch Instrumente gegenüber dem Kanton als Verhandlungspartner, die Bau- und Zonenordnung ist ein weiteres Beispiel und es gibt noch andere. M. Zeugin bittet die Ratsmitglieder, die Initiative nicht abzulehnen und für die Zukunft von Winterthur als urbanes Zentrum zu stimmen, das nicht nur neue Bewohner, sondern auch die Firmen anzieht.

**K. Cometta (GLP/PP):** Vieles ist gesagt worden. Trotzdem, wenn man bei den hehren Zielen anknüpft und schaut, worum es geht, versteht K. Cometta den grossen Widerstand nicht. Arbeitsplätze schaffen wollen alle. Das ist wichtig für die Wirtschaft, für die Stadtfinanzen und für die Lebensqualität. Der Job um die Ecke, das kann K. Cometta als Pendlerin sagen, ist wirklich ein hoher Wert, der für die Bewohner geschaffen werden soll. Es entlastet zudem die Verkehrsinfrastruktur. Auch der andere Teil der Initiative ist im Grundsatz anerkannt. Fussweg vom Gaspedal bezüglich Wohnungsmarkt, das hat auch Stadtpräsident M. Künzle öffentlich erklärt. Ein rasantes Bevölkerungswachstum, so wie das Winterthur erlebt hat, heisst auch, dass mehr Geld benötigt wird für Schulen und für Strassen. Am Ende des Tages bedeutet das auch mehr Sozialhilfekosten. Das ist nicht das, was die Grünliberalen wollen. Die Initiative ist ganz logisch und einfach. Es braucht eine nachhaltige Stadtentwicklung, eine Balance zwischen Bevölkerungswachstum und Wachstum der Arbeitsplätze. Winterthur soll nicht in der Liga von Köniz spielen, auch wenn Köniz nicht so schlecht. K. Cometta kennt Köniz, sie kommt von dort. Es ist nicht das, was die sechstgrösste Stadt der Schweiz verdient. Winterthur muss mehr wollen. Wenn man ein Ziel hat und dieses Ziel auch geteilt wird, gibt es keinen Grund, nicht auch Verbindlichkeiten zu schaffen. Jeder, der eine Strategie erstellt hat, auch wenn es eine Impulsstrategie ist, weiss, dass man Ziele setzt und ein Controlling aufzieht, um die Zielerreichung zu überprüfen. Das will die GLP mit dieser Initiative. K. Cometta dankt für die Unterstützung, auch wenn sie wahrscheinlich bescheiden sein wird.

**Ch. Griesser (Grüne/AL)** muss einige Pendenzen abbauen und zu den Anträgen zum Gegenvorschlag Stellung nehmen. Die Grünen ziehen den Antrag der GLP vor. Es ist eine gute Variante. Ch. Griesser hätte das gerne als direkten Gegenvorschlag gehabt. Den Vorschlag der FDP lehnen die Grünen ab, weil er zu stark mit dem Wachstumsgedanken verknüpft ist. Pendeln, das hat Ch. Griesser bereits gesagt, überlastet das Verkehrssystem, benötigt Energie und kostet die Allgemeinheit sehr viel. Es ist ein ökonomischer und ökologischer Blödsinn. Erst die Möglichkeit zu pendeln, hat die dezentrale Besiedlung in der Schweiz ermöglicht und fördert die Zersiedlung. Das Bild, das Ch. Griesser aufgelegt hat, das hat er nicht einfach so aufgelegt. Natürlich hat die Entwicklung zu einer Verdichtung geführt. Aber die gezeigte Überbauung hat zu nachträglichen Diskussionen geführt. Der Bauherr hätte gerne mehr Wohnungen erstellt und weniger Gewerberäume. Diese Initiative reiht sich ein in eine Reihe grüner Volksbegehren, wie zum Beispiel die Kulturlandinitiative der Grünen, Stopp zur Siedlungsinitiative der Jungen Grünen, deshalb wird Ch. Griesser ein Zeichen set-

zen und für die Initiative stimmen. Den indirekten Gegenvorschlag lehnt er ab. Er ist überflüssig und zu stark dem Wachstumsgedanken verhaftet.

**U. Hofer (FDP):** Es ist viel über Instrumente und Ziele gesprochen worden. Die Debatte zeigt, dass das Stichwort Instrument wichtig ist. R. Diener möchte den Steuerwettbewerb abschaffen, damit will er schweizweit einen Abbau von Arbeitsplätzen. U. Hofer fragt sich, mit welchen Instrumenten diese hehren Ziele verfolgt werden sollen. Es gibt sicher unheilige Allianzen. Aber diese sind nicht auf Seiten der FDP und CVP, sondern auf der anderen Seite zu orten. Mit der gleichen Zielesetzung will ein Teil der Grünen etwas diametral anderes als die GLP. Das zeigt, dass man über Instrumente diskutieren muss. Wenn man diese nicht definiert und im Raum stehen lässt, ist die Initiative sogar gefährlich.

**S. Büchi (SVP)** muss noch eine grundsätzliche Kritik loswerden. R. Diener hat vom Standortwettbewerb gesprochen. M. Zeugin spricht davon, was die SVP angeblich auf nationaler Ebene alles falsch macht. In den letzten Wochen war von Stadtrat N. Galladé und Stadträtin Y. Beutler nonstop zu hören, was der Kanton machen soll, damit Winterthur weniger Sozialkosten übernehmen muss. Aber der Gemeinderat kann nur die Probleme von Winterthur lösen und nicht die des ganzen Kantons, des ganzen Landes oder der ganzen Welt. S. Büchi ist der Meinung, wenn jemand nationale Politik machen will, muss er nach Bern gehen. Er vermisst manchmal eine realistische Einstellung. Der Gemeinderat politisiert in Winterthur und muss gefälligst die Probleme hier lösen. Die Ausflüchte, der Kanton soll handeln etc. nützen nichts.

**D. Oswald (SVP)** will auf einige Aussagen entgegnen. Ziele, die fix vorgeschrieben werden, sollen die Verhandlungsposition stärken. Das glaubt D. Oswald nicht. Ansonsten handelt es sich um eine etatistische Lösung, die nur die staatlichen Interessen berücksichtigt. Die Verhandlungsposition gegenüber dem Kanton soll gestärkt werden etc. Das ist nicht das Thema. Die Stadt soll Ziele festlegen und veröffentlichen, zum Beispiel eine fixe Anzahl Arbeitsplätze, die sowieso von der Privatwirtschaft geschaffen werden müssen und nicht vom Staat, weil die Staatsquote sonst noch mehr ansteigt. Zu jedem Unternehmen, das nach Winterthur kommen will, muss der Stadtrat ja sagen, sonst bekommt er Probleme mit dem Parlament. Die Verhandlungsposition des Stadtrates gegenüber den Unternehmen wird geschwächt, wenn diese Ziele numerisch festgelegt werden. Eine fixe Festlegung in der Gemeindeordnung ist falsch. Es ist gesagt worden, dass eine Strategie Ziele haben muss. Logisch hat man Ziele, die auch gemessen werden. Aber viele Ziele geben die Unternehmen nicht öffentlich bekannt. Die Konkurrenten sollen nicht wissen, was ein Unternehmen genau will, sonst wissen sie auch, wo sie ansetzen müssen. Man muss das Ganze auch von dieser Seite her sehen. So toll ein Arbeitsplatz um die Ecke ist, die heutige Wirtschaft, mit der hohen Arbeitsteilung und Spezialisierung lässt das in diesem Ausmass nicht zu. Ansonsten muss sich die Stadt von vielem verabschieden und wieder kleinräumig auf Landwirtschaft und Gewerbe setzen – auf den Schreiner, den Zimmermann etc. Die Arbeitsteilung wird aufgehoben und in der Stadt gibt es den Arbeitsplatz um die Ecke wieder. Das ist nicht das, was die SVP will. Schlussendlich werden auch aufgrund der übertrieben grünen Wirtschaft Arbeitsplätze verlagert. Die Schweiz hat zweifellos die grünste Wirtschaft der Welt, die noch weiter getrieben werden soll, man will noch extremer voranreiten. Damit arbeitet man gegen das Anliegen, Arbeitsplätze in Winterthur zu erhalten und neu anzusiedeln. Die eigenen Ziele werden torpediert. Es ist sicher richtig, dass Umwelt- und Ressourcen geschont werden. Das ist so. Dagegen hat auch die SVP nichts. Aber indem man meint, man müsse ein Musterschüler sein und allen vorangehen, werden Arbeitsplätze abgebaut, statt geschaffen. Es ist richtig, mit der Impulsstrategie bekennt sich der Stadtrat zu mehr Arbeitsplätzen. Das hat er auch gesagt. Damit ist er auf dem richtigen Weg. So kann man es machen, das geht in die richtige Richtung. Wenn in einer Gemeindeordnung oder an einem anderen Ort, die genauen Ziele festgeschrieben werden, wird das Geschriebene höher bewertet als die Realität. Das bringt nichts.

**F. Albanese (CVP/EDU)** bezieht sich auf das Votum von M. Zeugin, das zum Teil sehr unsachlich ausgefallen ist. Wenn man unsachlich wird, gibt es meist zwei mögliche Gründe. Entweder man fühlt sich persönlich angegriffen oder man hat keine besseren Argumente mehr. F. Albanese kann versichern, dass er in seinem Votum nicht versucht hat M. Zeugin persönlich anzugreifen. Er hat vor allem die ganze Partei in Winterthur gemeint und ihre Wirtschaftspolitik. Damit will F. Albanese niemanden direkt angreifen. Die Wirtschaftspolitik der GLP ist, wie bereits in seinem Votum erklärt, insgesamt nicht kohärent. Speziell die Verknüpfung, die in dieser Volksinitiative gemacht wird und die Festschreibung in der Gemeindeordnung entsprechen der Planwirtschaft in Reinkultur. Das ist der Kritikpunkt. Für F. Albanese besteht kein Anlass, dass man versucht mit unsachlichen Gegenangriffen, diese Kritik anzufechten.

**M. Zeugin (GLP/PP):** Will die Aussage von F. Albanese ergänzen, was die Planwirtschaft in Reinkultur anbelangt. M. Zeugin lässt diese Aussage im Raum stehen. Der Gemeinderat ist gemeinsam mit dem Stadtrat für die Rahmenbedingungen zuständig. Die GLP fordert mit dieser Initiative nicht, dass der Stadtrat diese Arbeitsplätze schaffen soll – wie etwas scherzend erklärt worden ist. Die Grünliberalen wollen, dass die Rahmenbedingungen geprüft werden. Diese Rahmenbedingungen umfassen selbstverständlich auch die Steuern. Dort müssen aber auch die Leistungen der Stadt mit einbezogen werden. Man kann nicht nur eine eindimensionale Betrachtung machen. Die Gebühren sind ein weiterer Punkt. Aber auch das Bauland und die Verfügbarkeit von Bauland gehören zu den Bedingungen. Auch das Tempo, in dem Bewilligungen erteilt werden, spielt eine Rolle. Es ist interessant – zum Beispiel Basel ist unter anderem deshalb ein so wichtiger Standort der Pharmaindustrie, weil diese Unternehmen wissen, dass in Basel die Bewilligungsverfahren relativ schnell abgewickelt werden. Das heisst zur Standortattraktivität tragen verschiedene Faktoren bei – nicht nur einer. Mit dieser Initiative will die GLP Faktoren schaffen, um ein wichtiges Ziel zu erreichen, nämlich das Schaffen von Arbeitsplätzen durch private Firmen. Dabei sind attraktive Rahmenbedingungen wichtig, dafür sind der Gemeinderat und der Stadtrat zuständig. Das sollte klar sein. Im Prinzip geht es um die Frage, ob der Stadtrat und der Gemeinderat überhaupt eine Möglichkeit haben, die Rahmenbedingungen zu beeinflussen. Wer der Meinung ist, der Gemeinderat und der Stadtrat haben keinen Handlungsspielraum, muss die Initiative ablehnen, weil er keine Möglichkeiten sieht, sondern fatalistisch annimmt, es kommt so wie es muss und läuft wie es muss. Die GLP ist anderer Meinung. Sie ist überzeugt, dass der Gemeinderat, der Stadtrat als Exekutive und die Verwaltung durchaus Möglichkeiten haben, die Rahmenbedingungen zu beeinflussen. Das wäre sonst eine Bankrotterklärung, dann müssten alle aus dem Ratssaal gehen und ihn nie mehr betreten. M. Zeugin hat die Hoffnung, dass die Gemeinderäte überzeugt sind, dass ihre Arbeit potentiell etwas verändern kann. D. Oswald hat gefragt, ob das Ziel kommuniziert werden soll oder nicht. Hier handelt es sich operativ um kein so wichtiges taktisches Ziel, dass die Verhandlungsposition gegenüber den Firmen geschwächt wird, wenn es bekannt ist. Das Bauland, das die Firmen kaufen, gehört in der Regel nicht der Stadt, sondern Privaten etc. Das ist ein Ziel, das durchaus kommuniziert werden kann. Damit legt man der Stadt keine Steine in den Weg. Es würde in den Verhandlungen mit dem Kanton helfen, wenn es darum geht, dass die Stadt und die Region Winterthur sehr hohe Kontingente des Bevölkerungswachstums übernehmen müssten. Wenn diese Probleme bewältigt werden müssen, ohne dass die Stadt die Möglichkeit hat aus eigener Kraft, durch die Ansiedlung von Firmen und Arbeitsplätzen, etwas zu erwirtschaften, wird es schwierig. Dann kann im Gemeinderat die nächsten 10 oder 20 Jahre über zu hohe Sozialausgaben diskutiert werden. Das will M. Zeugin nicht. Er will, dass im Gemeinderat das Möglichste getan wird, um einen Beitrag aus eigener Kraft zu leisten, damit die Stadt aus dieser Situation herauskommt.

**Ratspräsident M. Wenger:** Nach rekordhohen 28 Voten kann der Ratspräsident das Wort dem Stadtpräsidenten übergeben.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Das Schwergewichtigste am Schluss: Die Diskussion war spannend und eigentlich war es eine sehr gute Diskussion, auch wenn man manchmal etwas ab-

gedrückt ist, gewisse Ressentiments spürbar gewesen sind und man plötzlich nicht mehr in Winterthur, sondern in Basel gewesen ist. Dass man sich Gedanken über das Wachstum in Winterthur macht und über die weitere Entwicklung, das hat der Gemeinderat gut gemacht. Der Stadtrat hat sich diese Gedanken aber bereits gemacht. Er hat sich Strategien überlegt. Damit weist der Stadtpräsident den Vorwurf zurück, den die GLP andauernd macht, der Stadtrat mache das zu wenig. Der Stadtrat kümmert sich um die Strategie. Er hat bereits Anfang letzten Jahres die 12-Jahres-Schwerpunkte festgelegt – strategische Schwerpunkte. Eine wichtige Erkenntnis war, dass Winterthur in den letzten Jahren zu schnell gewachsen ist. Das betrifft das Wohnungswachstum. Die Stadt hat im Verhältnis zur Bevölkerung zu wenige Arbeitsplätze. Der Stadtrat hat klar das strategische Ziel festgelegt. Die Zahl der Arbeitsplätze soll erhöht werden. Die Zahl von 10'000 zusätzlichen Arbeitsplätzen ist im Stadtrat besprochen worden. Stadtpräsident M. Künzle weist erneut darauf hin, dass es schwierig ist, eine Zahl festzulegen, die er nicht selber in der Hand hat. Wenn der Stadtrat der einzige Einflussfaktor wäre, für die Schaffung von Arbeitsplätzen, hätte er eine Zahl eingesetzt. Wenn man das Auf und Ab der Wirtschaftslage in Betracht zieht, das von der Stadt Winterthur nicht beeinflusst werden kann, weder im Positiven noch im Negativen, bietet das gewisse Probleme. Die Stadt kann lediglich die Wirtschaftslage ausnützen, wenn sie gut ist. Eine Verhältniszahl zur Einwohnerzahl festzuschreiben, ist nicht gut. Von dieser Meinung ist der Stadtrat überzeugt. Das hätte nachteilige Konsequenzen. Man müsste dem Stadtpräsidenten folgende Fragen beantworten: Wenn die Arbeitsplatzzahl und die Dichte nicht erreicht werden, wie sollen dann auf der Seite der Wohnungen zusätzliche Beschränkungen eingeführt werden, wenn die Wohnungen bereits vorhanden sind. Der Stadtrat hat in seiner Strategie festgehalten, dass er kein so starkes Wohnungswachstum mehr will. Das hat er am einen oder anderen Ort bereits bewiesen, indem er zurückhaltend gehandelt hat. Er will die Arbeitsplätze puschen. Das macht der Stadtrat tagtäglich. Wenn der Stadtpräsident mit der Standortförderung unterwegs ist, wenn die Kollegen mit ihren Dossiers unterwegs sind, geht immer wieder um Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und noch mal Arbeitsplätze. Es braucht auch etwas Vertrauen seitens des Parlaments in die Exekutive. Der Stadtrat will an diesem Ziel weiterarbeiten. Eine Verhältniszahl erachtet er aber nicht als sinnvoll.

Gestützt hat der Stadtpräsident bei der Behauptung, in der Stadt Winterthur gäbe es mehr Verwaltungsstellen als in Zürich vom Kanton. Das wäre Stadtpräsident M. Künzle total neu. Diese Zahl würde in interessieren. Der Stadtrat hält an der Aussage fest. Die Stadt Winterthur hat einen Nachteil, weil sie kein Kantonshauptort ist. Stadtpräsident M. Künzle denkt an die Finanzströme von den Kantonen zu den Städten. Die Zentren, das ist die Kantonshauptstadt Zürich, werden am meisten bevorzugt. Das hat eine gewisse Richtigkeit. Wenn man ein starkes Zentrum will, sollen die Mittel dort konzentriert werden. Die Stadt Winterthur ist ein Teil des Wirtschaftsraums Zürich – Winterthur ist kein Gegner der Stadt Zürich und kein Gegner des Kantons – sondern Teil dieses grossen, straken Wirtschaftsraums Zürich, der schweizweit der stärkste ist. Eigentlich ist der Stadtrat sehr froh, dass Winterthur in diesem Wirtschaftsraum sein darf. Eine Schlafstadt ist Winterthur nicht. Aber selbstverständlich, darin gibt der Stadtpräsident der GLP Recht, muss man immer aufpassen, dass Winterthur das nicht wird. Das macht der Stadtrat zum Beispiel mit der Impulsstrategie. Damit hat er ein Instrument festgelegt und er hat auch unter Beweis gestellt, dass er daran arbeiten will. Ein Argument wird immer wieder vorgebracht, nämlich dass Industriezonen umgezogen werden. Auf der politischen Bühne werden ausschliesslich die Veränderungen bekannt. All die Fälle, in denen der Stadtrat am Industrieland festgehalten hat, auch wenn die Wünsche nach Wohnen immer stärker werden, kommen nicht auf die öffentliche Bühne. Es sind einfach Absagen, die der Stadtrat erteilt hat und mit denen die Grundeigentümer leben müssen. Auch Stadtpräsident M. Künzle ist der Meinung, dass die Industriezonen erhalten bleiben müssen. Wenn jetzt moniert wird, dass in der Planungszone Neuhegi Abstriche gemacht worden sind, muss der Stadtpräsident festhalten, dass unter dem Strich in Bezug auf die Arbeitsplätze ein Vorteil geschaffen worden ist. Ein grosser Teil des Industrielandes konnte in die Zukunft gebracht werden. Bei den Bahnhöfen hat der Stadtrat entschieden, dass zugunsten von anderen Arbeitsplätzen eine Öffnung möglich sein soll. Letztendlich geht es um Arbeitsplätze, Arbeitsplätze und nochmal Arbeitsplätze.

Ein wichtiger Faktor ist, dass bei der Richtplanrevision gut hingeschaut wird. Die Vernehmlassung steht bevor. Die Stadt Winterthur wird daran teilnehmen. In dieser Revision ist auch der Punkt enthalten, wie viel Wachstum der Kanton in den urbanen Zentren zulassen will. Stadtpräsident M. Künzle ist nicht mit allem einverstanden. Der Stadtrat wird sicher Gespräche führen. Die Revision kann so wie sie jetzt daherkommen nicht befürwortet werden. Es müssen andere Lösungen gesucht werden. Der Stadtrat wird sich sehr kritisch vernehmen lassen. Das kann Stadtpräsident M. Künzle garantieren. Das sind die wichtigsten Punkte, auch wenn noch einiges gesagt werden könnte. Formell ist die Gemeindeordnung der falsche Ort. In der Gemeindeordnung geht es um die Organisation, darum wie die Stadt funktionieren soll, beziehungsweise um die Prozesse. Aber politische und materielle Sachthemen gehören nicht in die Gemeindeordnung. Das hat Stadtpräsident M. Künzle bereits im Rahmen des Vorstosses zur 2000-Watt-Gesellschaft erklärt. Auch dafür war die Gemeindeordnung der falsche Ort, deshalb musste das auch nicht in die Gemeindeordnung aufgenommen werden. Den Kanton interessiert es unter dem Strich nicht, was in Winterthur in der Gemeindeordnung steht, wenn er eine Idee hat, wo die Leute platziert werden sollen. Natürlich wird er zuhören, aber letztendlich hat er ein Ziel, wie die Leute im Kanton verteilt werden sollen. Winterthur muss selbstverständlich dagegen halten, wenn sich die Vorstellungen unterscheiden. Das wird der Stadtrat machen. Aber so entscheidend wird es nicht sein, welche Normen Winterthur lokal festlegt zu diesem Thema. Unter dem Strich geht der Stadtrat eigentlich in die gleiche Richtung wie der Vorstoss der GLP. Er hat bereits Fäden gezogen. Deshalb geht es auch darum, wer die Themenführerschaft übernehmen soll. Stadtpräsident M. Künzle ist überzeugt, dass der Stadtrat bereits Vorgaben gemacht hat. Die GLP hat ihm eigentlich Rückendeckung gegeben. Jetzt schiesst sie aber über das Ziel hinaus, deshalb bittet Stadtpräsident M. Künzle die Ratsmitglieder, die Initiative abzulehnen und auch die Anträge, die gestellt worden sind.

**Ratspräsident M. Wenger:** Abstimmungsprozedere: Als erstes wird Ziffer 3 bereinigt. Der Antrag der GLP wird dem Antrag der FDP gegenübergestellt. Der obsiegende Antrag wird dem Antrag des Stadtrates gegenübergestellt. Danach werden die Stimmen ausgezählt, weil es eine Volksabstimmung geben wird. Über die 4 Anträge wird einzeln abgestimmt. Ratspräsident M. Wenger stellt den Antrag der GLP, der Stadtrat setzt sich das Ziel eine Beschäftigungsdichte von 0,68 (Arbeitsplätze pro Einwohner) bis zum Jahr 2030 zu erreichen dem Antrag der FDP, durchschnittlich 1'000 neue Arbeitsplätze pro Jahr bis im Jahr 2030, gegenüber.

**Der Rat** stimmt dem Antrag der GLP mit klarem Mehr zu.

**Ratspräsident M. Wenger** stellt den Antrag der GLP, dem Antrag des Stadtrates gegenüber.

**Der Rat** stimmt dem Antrag des Stadtrates mit klarer Mehrheit zu.

**Ratspräsident M. Wenger** bittet die Stimmzähler auszuzählen. Es sind 53 Ratsmitglieder anwesend.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 1 abstimmen: Es wird festgestellt, dass die Volksinitiative „Schaffe und Wohne z'Winterthur“ gültig ist.

**Der Rat** stimmt dem Antrag 1 einstimmig mit 53 Stimmen zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 2 abstimmen: Die Volksinitiative gemäss Ziffer 1 wird abgelehnt.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit 43 zu 10 Stimmen zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 3 abstimmen. Der Antrag ist unverändert geblieben.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit 40 zu 12 Stimmen zu.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über den Antrag 4 abstimmen. Die Volksinitiative gemäss Ziffer 1 wird mit der Empfehlung zur Ablehnung der Volksabstimmung unterbreitet.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit 43 zu 10 Stimmen zu.

**Ratspräsident M. Wenger:** Somit ist das Geschäft 2014/094 abgeschlossen.

## 10. Traktandum

**GGR-Nr. 2015-063: Begründung der Motion K. Cometta-Müller (GLP/PP), M. Sörgo (SP), D. Hofstetter (Grüne/AL), B. Huizinga (EVP) und Y. Gruber (BDP) betr. Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit**

---

**K. Cometta (GLP/PP):** Die GLP/PP-Fraktion bittet um Unterstützung für diese Motion, damit die Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit erneut geschaffen werden kann oder nicht abgeschafft wird. Damit soll das wichtige Thema Gleichstellung nicht unter ferner liefen behandelt, sondern als eigenständiges wichtiges Ziel verankert werden. Die Vorgeschichte ist bekannt. Eine entsprechende Motion wurde bereits früher eingereicht – in dem Jahr als die Mauer fiel, 1989. Damals hat der Stadtrat die Motion unbürokratisch in Eigenregie umgesetzt. Jetzt, 35 Jahre später, meint der Stadtrat, er habe die Kompetenz, diese Fachstelle in Eigenregie abzuschaffen, obwohl das Parlament Jahr für Jahr in der Budgetdebatte bestätigt, dass es diese Fachstelle braucht. Gerne nutzt K. Cometta die Gelegenheit, um diese Notwendigkeit erneut zu begründen. Gleichstellung passiert nicht von alleine, sondern muss aktiv gefördert werden. Das sollte den männlichen Kollegen in der FDP- und CVP-Fraktion und den 10 Herren und 3 Damen der SVP ebenfalls aufgefallen sein. Es ist nicht so, dass alle Gleichstellungsziele in der Stadtverwaltung bereits erreicht sind. Das zeigt die Statistik zum Frauenanteil im Kader. Daneben besteht auch sonst grosser Handlungsbedarf, zum Beispiel was die Förderung attraktiver Teilzeitstellen oder flexibler Arbeitsmodelle anbelangt. Es ist allgemein bekannt, dass gemischte Teams besser arbeiten. Das ist nicht nur ein Slogan, das ist nicht nur wissenschaftlich erwiesen, sondern hat in der Privatwirtschaft längst Einzug gehalten. Die AXA Winterthur hat realisiert, dass ein systematisches Diversity Management aus unternehmerischer Sicht Sinn macht, weil die Entscheide besser werden und weil sie damit eine gute Arbeitgeberin ist, besonders für hochqualifizierte Frauen. Dieser Umstand wird noch viel bedeutender, wenn die Baby-Boomer in den nächsten Jahren in Pension gehen und sich der Fachkräftemangel zuspitzt.

Gleichstellung und Vielfalt sind nicht nur aus gesellschaftlicher Sicht, sondern auch aus unternehmerischer Sicht wichtige Ziele. Jetzt wird sicher argumentiert, dass Gleichstellung eine wichtige Aufgabe ist und diese sinnvollerweise auf mehrere Schultern verteilt werden soll. Dem stimmt K. Cometta teilweise zu. Das Personalamt und jede Führungsperson in der städtischen Verwaltung hat die Aufgabe, die Gleichstellung zu fördern. In diesem Sinne sind alle zuständig. Man weiss aber auch, dass geteilte Verantwortung oft dazu führt, dass sich niemand verantwortlich fühlt und dass Querschnittsthemen oft im Courant normal des Alltags untergehen. Deshalb gilt sowohl alle sind zuständig als auch jemand bestimmter muss allen in ihren Zuständigkeiten helfen. Die Motionärinnen wollen deshalb ein Kompetenzzentrum, das sich spezifisch für die Anliegen der Gleichstellung einsetzt und den Finger auf die wunden Punkte legt. Ein Kompetenzzentrum, das die Führungspersonen in den Departementen und Bereichen unterstützt und berät. Ein Kompetenzzentrum, das über die Ressourcen verfügt, selber Projekte zu initiieren und umzusetzen. Die GLP/PP-Fraktion will Verantwortlichkeiten schaffen. Deshalb soll mit dieser Motion auch erreicht werden, dass, im Gegensatz zur bisherigen Praxis, die Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit über ihre Akti-

vitäten Bericht erstattet. Zur Verantwortung gehört auch ein gutes Controlling. Der Gemeinderat soll wissen, was gemacht wird und mit welchen Projekten sich die Fachstelle beschäftigt. Die GLP/PP-Fraktion ist sicher, dass das die Akzeptanz der Fachstelle fördern wird. Vor allem soll der Gemeinderat über die Zielerreichung informiert werden. Dabei sollen Kennzahlen zum Frauenanteil im Kader und zu Teilzeitstellen vorgelegt werden. Der Stadtrat soll sich mit Indikatoren messen lassen. Auch das gehört zur Verantwortung. Jetzt überlässt K. Cometta gerne ihren Miteinreicherinnen das Wort. Es ist sehr erfreulich, dass in diesem wichtigen Thema ein überparteilicher Schulterchluss gelungen ist.

**Ch. Leupi (SVP):** Die SVP-Fraktion stellt einen Ablehnungsantrag. Nach Ansicht der SVP ist die Überweisung dieser Motion schlichtweg nicht nötig. Der Stadtrat hat endlich eingesehen, dass eine separate Fachstelle für Gleichberechtigung und Chancengleichheit nicht nötig ist. Deshalb ist die SVP froh, dass im letzten Budget diese Fachstelle nicht mehr speziell aufgeführt werden sollte. Trotzdem ist im Gemeinderat erneut eine Diskussion geführt worden. Die Angestellten der Stadtverwaltung arbeiten in einem politischen Umfeld. Deshalb wiederholt Ch. Leupi die Gründe, die sie erstmals vor zwei Jahren während der Budgetdebatte vorgebracht hat. In einem politisch bedingten Umfeld muss der Grundsatz Chancengleichheit und Gleichstellung per se gegeben sein. Für alle sollen die gleichen Bedingungen gelten. Zudem ist die SVP der Ansicht, dass das die Aufgabe der entsprechenden Führungspersonen in den verschiedenen Abteilungen ist und nicht von einer Fachstelle, die übergeordnet über alle Abteilungen entscheiden soll. Ch. Leupi ist der Meinung, dass diese Fachstelle schlichtweg nicht nötig ist. Gleichstellung und Chancengleichheit gehören zum Aufgabengebiet der entsprechenden Führungsperson. Diese Themen müssen nicht zusätzlich aufgebauscht werden. Sie gibt den Motionärinnen insofern Recht, dass gemischte Teams besser arbeiten. Das stellt sie nicht in Abrede. Welchen Zusammenhang diese Stelle mit dem Fachkräftemangel haben soll, sieht Ch. Leupi nicht. In der Schweiz gibt es mehr als genug Fachkräfte, die auf der Suche nach einer Stelle sind. Wie erklären sich sonst die hohe Arbeitslosigkeit oder die steigenden Fallzahlen in der sozialen Wohlfahrt. Auch wenn begründet wird, dass andere Städte und sogar private Unternehmen eine entsprechende Fachstelle haben, ist sie trotzdem nicht nötig. Es gibt einen Verfassungsauftrag. Den gilt es umzusetzen und zwar von der Abteilungsführung und nicht von einer separaten Stelle.

**M. Sorgo (SP):** Der neu gewählt kanadische Premierminister Justin Trudeau hat diesen Herbst seinen Entscheid, wieso er sein Kabinett ausgeglichen mit Frauen und Männern besetzt hat und wieso er explizit darauf geachtet hat, dass nationale Minderheiten im Kabinett vertreten sind, lapidar mit den Worten begründet: „Weil wir heute 2015 haben.“ Aber ganz so einfach ist die Situation auch im Jahr 2015 noch nicht. Die Chancengleichheit von Frauen und Männern, von Menschen mit psychischen oder physischen Einschränkungen oder Beeinträchtigungen, für Personen mit anderer nationaler Herkunft ist weiterhin bei weitem nicht erreicht – auch nicht in der Stadt Winterthur. M. Sorgo ist es wichtig, zu betonen, dass sich die Fachstelle unter anderem für die Chancengleichheit von Frauen und Männern im Arbeitsmarkt einsetzt, aber auch für alle anderen. Die Chancengleichheit soll möglichst für alle gewährleistet sein. Ch. Leupi hat erklärt, dass es sowieso genügend Führungskräfte gibt. M. Sorgo will wissen, warum in den Führungsetagen in den meisten Betrieben und teilweise auch bei der Stadt, so wenige Frauen arbeiten. Wenn die Förderung von Chancengleichheit und Gleichstellung, wie vom Stadtrat vorgesehen, zur reinen Führungsaufgabe gemacht wird, besteht die grosse Gefahr, dass die angedachten Massnahmen schnell im Alltagsgeschäft untergehen. Die Umsetzung ist davon abhängig, ob eine Führungskraft diese Aufgabe als wichtig erachtet. Selbst wenn die Führungskräfte diese Themen als wichtig erachten, M. Sorgo geht davon aus, dass das in der Stadtverwaltung in den meisten Abteilungen der Fall ist, benötigen sie genügend Zeit und Ressourcen, um die Massnahmen auch umzusetzen. Gerade letzteres ist in der momentanen Situation in der Stadt Winterthur wohl nur schwer möglich.

Massnahmen zur Förderung der Chancengleichheit und Gleichstellung benötigen einen langen Atem, ihre Umsetzung braucht viel Geduld und Durchsetzungswillen. Die Umsetzung von Diversity Massnahmen ist oft anstrengend und stösst immer wieder auf Widerstand. Sie

wecken auch heute bei vielen Mitarbeitenden Unsicherheiten. Die erreichten Ziele sind oft nicht sofort erkenn- und messbar. Genau deshalb braucht es eine zentrale Stelle, die sicherstellt, dass diese Aufgaben umgesetzt werden und die mit ihrem Know-how die Führungspersonen unterstützt, Projekte anregt und die Umsetzung mitbegleitet. Die aktuelle Forschung zeigt, dass je sichtbarer solche Stellen sind und je deutlicher sie von der obersten Führung gestärkt werden, je klarer das Aufgabenprofil ist, desto grösser ist der Erfolg dieser Arbeit. Es hat deshalb seinen Grund, wieso grosse Wirtschaftsunternehmen vermehrt eigene Diversity Fachstellen oder Stabstellen einsetzen. Die Wirtschaft merkt immer mehr, dass diese Unternehmen auch wirtschaftlich mehr Erfolg haben. Die Begründung des Stadtrates, dass durch die Abschaffung der Fachstelle, die Ziele und das Diversity Management aus der Schusslinie genommen werden können, ist unlogisch. 1. Können Fachstellen mit einem ausgebauten Leistungsauftrag, der über mehrere Jahre gilt, gestärkt werden. Damit erhöht sich auch die Planungssicherheit für die Fachstelle und die angestrebten Projekte können mehr Wirkung entfalten. 2. Die Fachstelle ist zwar in den letzten Jahren immer wieder in der Budgetdebatte angegriffen worden, aber sie hat im Rat jedes Mal eine Mehrheit gefunden. Die Mehrheit des Rates hat sich hinter die Fachstelle gestellt. M. Sorgo hat das bereits im Juni 2015 gesagt. Eine Stelle abzuschaffen, die im Gemeinderat eine klare Mehrheit hinter sich hat, ist aus politischer Sicht sehr fragwürdig. Die SP verlangt deshalb zusammen mit den anderen Motionärinnen, dass die Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit durch diese Motion gestärkt wird. Der Stadtrat soll sich dafür einsetzen, dass die Fachstelle griffige Möglichkeiten erhält und weiterhin dafür sorgen kann, dass die Ziele der Gleichstellung und Chancengleichheit nicht nur auf dem Papier, sondern in der täglichen Verwaltungsarbeit ihre Wirkung entfalten können. Insofern gibt M. Sorgo Herrn Trudeau Recht: Genau weil wir heute das Jahr 2015 haben, benötigt die Stadt eine griffige und wirksame Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit.

**D. Hofstetter (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion ist der Meinung, dass der Stadtratsbeschluss vom Juni 2015, die Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit aufzuheben, ein Schritt in die falsche Richtung ist. Die Gesellschaft ist noch weit von einer Gleichstellung der Geschlechter entfernt und insbesondere von der Integration von Menschen in die Arbeitswelt, die anders sind – andere Hautfarbe, andere Religion, andere sexuelle Orientierung, ältere Arbeitnehmende und Menschen mit körperlich eingeschränkter Leistungsfähigkeit. Die erfreuliche Tatsache, dass Frauen und vor allem auch Mütter heute vermehrt berufstätig sind, darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass diese Frauen mehrheitlich Teilzeit arbeiten. Besonders wenn kleine Kinder im Haushalt leben, ist der Beschäftigungsgrad eher niedrig – das heisst weniger als 50 %. Umgekehrt sind die Männer, speziell die Väter mit keinen Kindern, meist vollzeiterwerbstätig. Deshalb geht die Organisation der Vereinbarkeit von Familie und Beruf meist zulasten der Mütter. Im Tagesanzeiger vom 30. Oktober 2015 kann man nachlesen, dass gemäss Lohnstatistik der Stadt Zürich Männer deutlich mehr verdienen als Frauen. Bei den Männern liegt der Medianlohn, dieser bezeichnet die Einkommenshöhe, bei der gleich viele Menschen höhere und niedrigere Einkommen aufweisen, bei 8'543 Franken. Der Medianlohn der Frauen liegt aber 19 % tiefer bei 6'954 Franken. Wenn man den Durchschnittslohn nimmt, der Lohn aller Erwerbstätigen wird durch die Anzahl Erwerbstätige geteilt, beträgt die Differenz 26,9 %. Man kann zurecht sagen, dass die erwerbstätigen Männer wahrscheinlich eine bessere Ausbildung absolviert haben als die erwerbstätigen Frauen. Wenn man aber vergleichbare berufliche Qualifikationen, vergleichbare Arbeitsplatzanforderungen und vergleichbare Unternehmensmerkmale annimmt, verdienen Frauen noch immer 8,7 % weniger für die vergleichbare Arbeit. Diese Tatsache stört am meisten. Deshalb braucht es die Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit. Diese Lohndiskriminierung ist nicht erklärbar. Die Motion geht inhaltlich über die geschlechtsbedingte Diskriminierung hinaus. Es geht auch um die Integration von Menschen, die anders sind. Wie zu Beginn erwähnt. Integration passiert nicht automatisch. Sie muss aktiv unterstützt werden. Aus gesellschaftlicher und aus unternehmerischer Perspektive ist es wichtig, dass die Vielfalt von Arbeitnehmern in einem Unternehmen, oder man sagt dem auch Diversity, aktiv gefördert wird. Das passiert am besten über eine departementsübergreifende Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit, wie sie bisher in der Stadt Winterthur be-

standen hat. Und nicht, wie Stadtpräsident M. Künzle an der letzten Ratssitzung vorgeschlagen hat, indem diese Inhalte auf viele Schultern verteilt werden. Deshalb stimmt die Grüne/AL-Fraktion der Überweisung der Motion betreffend Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit zu. Gemischte Teams arbeiten besser.

**B. Huizinga (EVP/BDP):** Die Vorrednerin hat die Gründe für eine Unterstützung der Motion vorgebracht. Es ist nicht per se so, dass die Gleichstellung funktioniert. Auf dem Papier steht das zwar, aber Papier ist geduldig. Es ist der EVP/BDP-Fraktion ein ganz grosses Anliegen, dass weiterhin jemand darauf schaut. Wir sind alle Menschen und schauen oft auf den eigenen Vorteil und haben eigene Blickwinkel. Es braucht Leuten, die darüber stehen, weil sie das Controlling durchführen. Für die Stadt Winterthur ist es ein wichtiges Zeichen, dass die Fachstelle bestehen bleibt. Sie hat immer eine Mehrheit erhalten im Rat. B. Huizinga hofft, dass das heute auch so sein wird.

**U. Hofer (FDP):** Wichtig ist, dass in dieser Debatte über das Gleiche gesprochen wird. Vielleicht vorweg; man kann auch die Budgetdebatte anders interpretieren und erklären, dass das Parlament die Fachstelle seit jeher kritisch hinterfragt hat – einfach noch nie mit einer Mehrheit. Man muss wissen worüber man spricht. Hier findet ein verkürztes Denken statt. Das Abschaffen der Fachstelle für Gleichstellung und Chancengleichheit ist kein Angriff auf die Sache der Frau. Es wird nicht darüber diskutiert, ob man es gut findet, dass noch zu wenige Frauen in Kaderpositionen sind oder dass sie statistisch noch immer nicht den gleichen Lohn erhalten. Es wird darüber diskutiert, was die Gleichstellungsbehörde beitragen kann. Ein anderes Beispiel: Das Bundesamt für Gesundheit hat eine Antiraucherkampagne lanciert, mit einem riesigen Aufwand und riesigen Kosten, die Auswertung hat gezeigt, dass die Kampagne nichts gebracht hat. Im Gegenteil die Jugendlichen haben mehr geraucht. Ob das eine Konsequenz war, ist auch nicht zu belegen. Aber die Kampagne hat nichts gebracht, auch wenn man es nicht gut findet, dass Jugendliche rauchen. Darüber muss gesprochen werden. Die Frage ist: Was kann die heutige Behörde erreichen und mit welchen Massnahmen? Ist der Mitteleinsatz dafür gerechtfertigt? Etwa 70 % aller Votantinnen haben das nicht thematisiert. U. Hofer ist der Ansicht, dass die Gleichstellungsbehörde primär Öffentlichkeitsarbeit leistet. Sie ist nicht Entscheidungsträgerin und kann nicht bestimmen, wer eine Kaderstelle bekommt oder wie viele Frauen sich für eine Kaderstelle melden. Sie kann auch nicht entscheiden zu welchem Lohn Frauen eingestellt werden.

Die heutigen Probleme sind vielfach genannt worden. Das ist keine Frage der Öffentlichkeitsarbeit. Die Fakten sind bekannt. Sie werden fortlaufend kommuniziert. Deshalb können die Ratsmitglieder immer wieder die entsprechenden Zahlen hören. Der Glaube ist naiv, dass ein Wunder passiert und alle Probleme gelöst sind, wenn man eine Behörde mit einem entsprechenden Titel einsetzt. K. Cometta lässt sich in ihrer Medienmitteilung zitieren: „Ein Reglement reicht nicht für die bessere Integration von Menschen mit Beeinträchtigung und auch Sonntagsreden schaffen keinen höheren Frauenanteil im Kader.“ Das ist richtig. Man kann hinzufügen, Sonntagsreden und die Gleichstellungsbehörde schaffen keinen höheren Frauenanteil im Kader. Das ist das Grundproblem. Die FDP ist der Ansicht, dass die Entscheidungsträger sich dieser Problematik bewusst sind. Man darf ihnen zutrauen, dass sie in eigener Verantwortung die Ziele der Gleichstellungsbehörde weiterverfolgen und dass mit der Gleichstellungsbehörde auf kantonaler Ebene, die restlichen Bedürfnisse in Sachen Öffentlichkeitsarbeit abgedeckt sind. Kurzum, der Mitteleinsatz im Vergleich zur Zielerreichung ist nicht gerechtfertigt. U. Hofer versichert, dass auch die Männerdominierte FDP-Fraktion das Thema ernst nimmt. Bei der FDP erhalten die Frauen Kaderstellen. U. Hofer hat das Thema auch mit Frauen in der FDP diskutiert. Sie sind einhellig der gleichen Meinung. Es ist nicht so, dass U. Hofer nichts von diesem Thema hören will. Darüber zu reden, ist müssig. Die Frauen in der FDP finden, dass die Gleichstellungsbehörde eine überholte Institution ist, die es in dieser Form nicht mehr braucht. Zum Schluss empfiehlt U. Hofer eine Lektüre. Der Beitrag der NZZ am Sonntag vom 21. Juni 2015 von Katharina Bracher mit dem vielsagenden Titel: Wahre Feministinnen würden Gleichstellungsbüro abschaffen. Zitat: „Spätestens im Jahr 2095 müssen sich Gleichstellungsbeauftragte nach einem neuen Job umsehen. Der Gender Gap Report des Weltwirtschaftsforums prognostiziert, dass die Gleichstellung in der

Schweiz ungefähr zu diesem Zeitpunkt Realität sein wird. Es wird gleichen Lohn für gleiche Arbeit und keine gläsernen Decken mehr geben, die Frauen am Aufstieg in Führungspositionen hindern. Falls dieses Szenario tatsächlich eintritt, zum Resultat am wenigsten beigetragen hätte das Heer der Gleichstellungsbeauftragten in diesem Land. Nicht weil diese Fachleute zu wenig Ahnung hätten von dem was sie tun, auch nicht weil sie zu wenig Leistung zeigten, sondern weil Gleichstellungsbüros in aller Regel zu keinerlei konkreten Massnahmen befugt sind. Sie leisten vorwiegend Öffentlichkeitsarbeit im Auftrag des Staates, der die Gleichstellung in seiner Verfassung garantiert. Ihre Funktion war so lange berechtigt wie das Problembewusstsein in der Gesellschaft noch nicht vorhanden war.“ Dem kann U. Hofer nichts beifügen. Für den Rest bittet er die Ratsmitglieder, den Artikel zu lesen und bittet um Ablehnung.

**F. Albanese (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion folgt dem grünliberalen Begehren nicht und stützt stattdessen den vernünftigen und zeitgemässen Plan des Stadtrates. Auch für die CVP/EDU-Fraktion ist es heutzutage mehr als selbstverständlich, dass die Sensibilisierung in Bezug auf die Chancengleichheit für jeden Personalverantwortlichen zur Grundausrüstung gehört und dass selbiges für Führungsverantwortlichen praktisch im Erbgut verankert sein sollte. Deshalb ist eine eigene Fachstelle sicher nicht mehr Zeitgerecht und ausserdem schon länger überflüssig, nicht zuletzt, weil es diese Fachstellen auch auf Kantons- und Bundesebene gibt. Somit ist dem Grundanliegen mehr als Genüge getan. Auch hier sollte sich die GLP, aus Sicht der CVP/EDU-Fraktion, von ihrer festgefahrenen Ideologie befreien und so wirtschaftsliberal handeln, wie sie sich gerne selber sieht. Am besten sollte sie die Motion zurückziehen. Die CVP/EDU-Fraktion lehnt die Überweisung ab.

**K. Cometta (GLP/PP):** Es stimmt, es geht nicht um Gleichstellung ja oder nein. K. Cometta hofft, dass dieses Ziel wirklich von allen in diesem Saal geteilt wird. Sie geht davon aus, dass heute darüber diskutiert wird, mit welchen Mitteln dieses Ziel erreicht werden kann. So wie es aussieht, ist eine Mehrheit im Gemeinderat der Überzeugung, dass eine Fachstelle ein gutes Mittel ist. Bisher war das in allen Budgetdebatten der Fall. Auch wenn man den Kosten/Nutzenvergleich macht, sind die 20'000 Franken, die gemäss Stadtrat eingespart werden können, kein grosser Betrag. Es wird kritisiert, dass die Fachstelle quasi ausschliesslich PR macht. Die GLP würde sich nicht gegen mehr Kompetenzen für die Fachstelle wehren. Das würde die Fraktion sogar sehr gut finden. In dieser Motion geht es auch um eine Stärkung der Fachstelle. Deshalb wird eine Berichterstattung gefordert. Man muss zuerst ein Problembewusstsein schaffen, deshalb soll es ein Reporting geben. Wenn das Problembewusstsein überall vorhanden ist, dann schafft man es auch, griffige Massnahmen umzusetzen. Zur Aussage von F. Albanese punkto liberal: Liberal heisst auch gute Rahmenbedingungen und Chancengleichheit schaffen.

**M. Zeugin (GL/PP):** Es ist wichtig, festzuhalten, dass der Stadtrat schlichtweg ein falsches Zeichen setzt. Der Gemeinderat hat in der Vergangenheit diese Stelle immer gestützt in ihrer Aufgabe, in ihrer Funktion und in ihrer Wichtigkeit. Es ist etwas befremdlich, dass sich der Stadtrat in der neuen Zusammensetzung zum Ziel gesetzt hat, als eine sehr frühe Massnahme, in diesem Bereich Geld zu sparen. Wenn man einer Aufgabe die Ressourcen nimmt, ist auch weniger Transparenz möglich. Das bringt M. Zeugin auf das Votum des Kollegen von der CVP. Beide Parteien sind doch der Überzeugung, dass Information und die Transparenz über die Information Grundlagen einer liberalen Gesellschaft sind. Insofern gehören bereits Aufklärung und Information zur Funktion der Fachstelle. Es freut M. Zeugin, dass U. Hofer klare Kompetenzen fordert, die weitergehen, als zu informieren. Er fordert implizit, dass diese Stellen auch Linienfunktion übernehmen muss, damit sie wirklich eingreifen kann. Soweit würde die GLP nicht gehen. Die Fachstelle ist thematisch gut aufgestellt. Die Aufgaben sollen durch eine regelmässige Berichterstattung ergänzt werden, damit Transparenz und Informationen vorhanden sind. Der Gemeinderat kann dann auf dieser Basis entscheiden. Das tut dieser Stadt gut. Es tut ihr auch gut als Zeichen gegenüber den Mitarbeitenden. Damit kann ein modernes Diversity Management erreicht werden. Mit einer kleinen Massnahme, kann die Leistung der Angestellten der Stadt Winterthur gesamthaft verbessert wer-

den. M. Zeugin ist überzeugt, dass eine gute und moderne Diversity-Stelle, wie das von der AXA Winterthur sehr vorbildlich umgesetzt wird, auch einen direkten Einfluss auf die Motivation der Mitarbeitenden hat. Das lässt sich selbstverständlich nicht irgendwo subaltern an die Personalverantwortlichen in irgendeiner Dienststelle delegieren. Es ist sowohl eine Führungsaufgabe als auch die Aufgabe einer Stabsstelle, die sehr gezielt und auf die Funktion ausgerichtet, der Stadt weiterhin dienen kann. M. Zeugin hofft, dass der Gemeinderat zustimmt.

**U. Hofer (FDP):** Die Einsparungen sind mit 20'000 Franken deshalb so tief, weil der Stadtrat die Leute nicht abschaffen will. Die Aufgaben sollen in andere Produktgruppen integriert werden. Damit werden Synergien frei. Der Stadtrat verspricht die gleiche Leistung zu tieferen Kosten. Dagegen kann man nichts einwenden, ausser man will Symbolpolitik betreiben, damit man eine Behörde mit einem Titel hat.

**Stadtpräsident M. Künzle** kann seine Argumente den Aussagen in der Budgetdebatten hinzufügen. Er hat im Rahmen dieser Debatte bereits einige Ausführungen gemacht. K. Cometta wird sich ab 2016 daran gewöhnen müssen, dass eine Frau zur CVP/EDU-Fraktion gehören wird. Stadtpräsident M. Künzle muss den Motionärinnen die Angst nehmen. Der Umstrukturierungsantrag des Stadtrates könnte auf der Seite der Motionärinnen die Angst ausgelöst haben, dass sich die Stadt diesen Themen nicht mehr widmen will. Man kann es aber auch als richtiges Zeichen sehen, dass die Fachstelle gestrichen und die Arbeit auf eine ganze Abteilung und auf die Führungskräfte verteilt wird. Stadtpräsident M. Künzle könnte wie der kanadische Premierminister sagen: Warum soll die Fachstelle abgeschafft werden? Weil wir das Jahr 2015 haben. Weil es heute eine Selbstverständlichkeit ist, dass man sich gerade als öffentliche Hand diesen Themen widmen muss. Deshalb unterstreicht Stadtpräsident M. Künzle erneut; es geht dem Stadtrat nicht darum, die Themen zu eliminieren, sondern es geht darum, eine Fachstelle zu eliminieren und die Arbeit anders zu verteilen. Die Situation der Stadt Winterthur hat der Stadtrat überprüfen lassen und ein gutes Resultat erzielt. Das darf sich sehen lassen. Grundsätzlich ist der Stadtpräsident der Meinung, dass öffentliche Hände eine Vorbildfunktion haben. Das hat die Stadt bis jetzt sehr gut gemacht. Den Vorwurf, der Stadtrat haben in Bezug auf die Kompetenz etwas falsch gemacht, verneint der Stadtpräsident. Umstrukturierungen darf der Stadtrat vornehmen. Der Gemeinderat hat über das Budget und über die Indikatoren, das heisst die parlamentarischen Zielvorgaben, die Möglichkeit, da und dort etwas zu verstärken und zu verbessern. Der Stadtrat ist dafür offen. Aber Umstrukturierungen innerhalb der Stadtverwaltung darf der Stadtrat vornehmen. Mit der Abschaffung einer Fachstelle verlässt die Stadtverwaltung diese Themen nicht. Die Stadtverwaltung muss sich auf dem Arbeitsmarkt bewähren. Der Stadtrat ist sich bewusst, dass Themen wie Chancengleichheit, Gleichstellung und Diversity wichtige Themen sind. Deshalb ist er mit der AXA Winterthur in engem Kontakt, wenn es um diese Themen geht, weil diese Firma sehr vorbildlich handelt. Deshalb tauscht sich der Stadtrat regelmässig aus. Insgesamt muss niemand Angst haben, wenn die Motion nicht an den Stadtrat überwiesen wird. Bei diesen Themen bleibt die Stadt weiterhin genauso stark.

**Ratspräsident M. Wenger** lässt über die Zustimmung zur Motion abstimmen.

**Der Rat** stimmt der Motion mit klarer Mehrheit zu. Damit ist die Motion überwiesen.

## 11. Traktandum

### GGR-Nr. 2013/114: Beantwortung der Interpellation Ch. Leupi (SVP) betr. Leiter Theater W'thur

---

**Ch. Leupi (SVP)** dankt dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation und nimmt sie zustimmend zur Kenntnis. Mit der Interpellation sollte in erster Linie geklärt werden, wie weit die Gruppierung ist, die über die Zukunft des Theaters Winterthur entscheidet. Die Motion

betreffend Überführung des Theaters Winterthur in eine gemeinnützige Trägerschaft hat Ch. Leupi vor ziemlich genau zwei Jahren im Vorfeld der Budgetdebatte eingereicht. Die Interpellation ist in der Zwischenzeit ebenfalls zwei Jahre alt und die Antwort liegt seit längerem vor. Frage 1: Die Stossrichtung ist in der Zwischenzeit nicht nur der BSKK bekannt, sondern allen, die sich die Geschäfte und den Medienversand anschauen. Frage 2: Ch. Leupi wollte herausfinden, wie weit die Gruppierung um das Theater ist. Im Zeitpunkt der Anfrage hat einerseits die Budgetdebatte im Rat begonnen und andererseits haben praktisch gleichzeitig die Zeitungen berichtet, dass der vorherige Theaterdirektor seinen Job gekündigt hat. Im Hinblick auf die Zukunft hat die Summierung dieser beiden Ereignisse Fragen aufgeworfen. Eine befristete Anstellung macht daher absolut Sinn. Frage 3: Dazu gibt es nicht viel zu sagen. Die SVP dankt für die Zahlen.

**M. Zehnder (GLP/PP):** Der Kern der Fragestellung in dieser Interpellation gehört in jedem Departement zur Standortfrage, sobald eine Stelle vakant wird. Die GLP/PP-Fraktion ist froh, dass ein Theaterdirektor gefunden worden ist, der diese Führungsaufgaben übernommen hat. Er hat eine grosse Aufgabe übernommen, weil wichtige Sparmassnahmen und Renovationsarbeiten anstehen und weil Fragen zur Zukunft des Theaterbetriebs im Rat gestellt werden. Auch von aussen werden diese an den Leiter herangetragen. Das kann man nicht einfach als zusätzliche Last den 30 Festangestellten überlassen. Die Bearbeitung der Motion zur Überführung des Theaters in eine gemeinnützige Trägerschaft hätte etwa ein Jahr länger gedauert, wenn kein Direktor den Betrieb des Theaters aufrechterhalten hätte. Die GLP/PP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis.

**W. Schurter (CVP/EDU):** Die CVP/EDU-Fraktion nimmt die Interpellationsantwort des Stadtrates zustimmend zur Kenntnis, das vor allem vor dem Hintergrund des nächsten Geschäftes – dem Motionsbericht betreffend Überführung des Theaters Winterthur in eine gemeinnützige Trägerschaft. Für einen Betrieb von der Grösse des Theaters Winterthur und mit den aktuellen anspruchsvollen Herausforderungen ist eine gute Führung notwendig. Da damals wie heute die Zukunft des Theaters noch nicht sicher ist, ist es sinnvoll, dass der neue Theaterdirektor befristet auf drei Jahre angestellt worden ist. Wie sich das auch am Behördenabend gezeigt hat, ist das Theater unter dem neuen Theaterdirektor erfolgreich.

**F. Künzler (SP):** Die Interpellation ist reine Polemik und ist erst noch zur Unzeit eingereicht worden. Die Vorredner haben es bereits gesagt, es kann niemand ernsthaft verlangen, dass man eine Organisation mit 55 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern einfach ohne Chef wursteln lässt. Was herauskommen würde, kann man sich vorstellen. So gesehen, nimmt die SP die Antwort des Stadtrates positiv zur Kenntnis und ist damit einig.

**Y. Gruber (EVP/BDP):** Dankt den Vorredner ist im Prinzip bereits alles Relevante gesagt. Im Speziellen will sich Y. Gruber dem Votum W. Schurter anschliessen, der die Argumente ausführlich dargelegt hat. Somit bleibt ihr nur noch zu sagen, dass die EVP/BDP-Fraktion dem Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation betreffend Leiter des Theaters Winterthur dankt und diese mit Wohlwollen zur Kenntnis nimmt. Die Fraktion hofft aber, vor allem in Zukunft, auf eine Wohlwollende Haltung dem Theater gegenüber.

**Ch. Magnusson (FDP):** Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat herzlich für die Beantwortung der Interpellation. Das Thema wird im nächsten Geschäft mehr zu diskutieren geben. Die Vorredner M. Zehnder und W. Schurter haben sehr schön erklärt, dass der Leiter des Theaters das grosse Schiff in relativ rauer See übernehmen musste. Er hat die Aufgabe sehr kompetent und feinfühlig übernommen und weitergeführt. Letztendlich kann man sagen, mit den diversen Sparmassnahmen, aber auch mit internen Massnahmen ist die Rentabilität des Theaters in den letzten Jahren gestiegen. Trotzdem ist ein kulturell wertvolles Theater weitergeführt worden. In diesem Sinne dankt die FDP und hofft, dass vielleicht nach dieser Befristung die gleiche Person den Laden weiterführen wird.

**Stadtpräsident M. Künzle:** Im Rat herrscht eine wunderbare Einigkeit. Der Stadtpräsident dankt für die sehr gute Aufnahme der kurzen aber genauen Interpellationsantwort. Sie ist zu einer Zeit entstanden, als noch Unsicherheiten vorhanden waren. Immer wenn die Situation unsicher ist, braucht es eine starke Hand. Die Person, die Gegenstand der Interpellation ist, sitzt auf der Tribüne. Der Stadtpräsident stellt den Theaterdirektor René Munz kurz vor. Für ihn ist die Situation momentan nicht einfach. Es gibt viele Fragezeichen, die über dem Theater schweben. Das ist auch führungsmässig keine einfache Situation. Der Stadtrat ist sehr froh, dass R. Munz das Theater leitet. Selbstverständlich wird auch diskutiert, wie es nach dem Jahr 2017 weitergehen soll. Hier ist R. Munz im Gespräch mit der zuständigen Bereichsleitung. Für den Stadtrat war immer klar, dass eine Leitung benötigt wird. Eine Meldung an Y. Gruber, die ihn mit einem tiefen Blick angeschaut hat: Der Stadtrat bringt dem Betrieb des Gastspieltheaters viel Wohlwollen entgegen. Stadtpräsident M. Künzle ist gespannt auf die Diskussion, wenn es eigentlich um die Zukunft des Theaters geht.

**Ratspräsident M. Wenger:** Damit hat der Gemeinderat die Interpellationsantwort zur Kenntnis genommen. Sie kann als erledigt abgeschrieben werden. Der Ratspräsident freut sich alle beim Apéro zu sehen, ansonsten spätestens am 18. Januar 2015.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident

Die 1. Vizepräsidentin:

Der 2. Vizepräsident:

M. Wenger (FDP)

Ch. Leupi (SVP)

F. Landolt (SP)